

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.)
Postfachkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 098.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Der Kanzler zwischen zwei Stühlen. Eine Rede Müllers in der Nationalversammlung.

Der Blutdurst des Militärs im Ruhrrevier.

Ein zu Unrecht demontiertes Ultimatum des Militärs.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Telegraphen-Union verbreitete gestern eine Meldung aus Essen, der Militärbesitzhaber der Stadt, Oberst Baumbach, habe von der Regierung gefordert, daß ihm volle Handlungsfreiheit, vor allem die Möglichkeit zur Einsetzung des Standrechts, gewährt werde, andernfalls er abziehen und das Ruhrgebiet sich selbst überlassen werde. Eine „zuständige Stelle“ ließ diese Nachricht demontieren, indem sie erklärte, daß über eine derartige Forderung des Essener Militärbefehlshabers nichts bekannt sei. Demgegenüber steht jetzt die Freilicht fest, daß „die zuständige Stelle“, nämlich das Reichswehrministerium, am Spätnachmittag des 11. April mehrere Stunden lang mit dem Essener Militärbefehlshaber über ein Ultimatum verhandelt habe. Bei diesen Verhandlungen gelang es dem Reichswehrminister nicht, Oberst v. Baumbach zum Gehorsam und zum Aufheben seiner Forderungen zu bringen. Man entschloß sich deshalb, den parlamentarischen Untersuchungssekretär im Reichswehrministerium, den Abgeordneten Stöck, nach Essen zu senden, damit er in persönlichen Verhandlungen die Schwierigkeiten beseitige. Offiziell wird die Reise des Untersuchungssekretärs damit begründet, daß er als Vorkämpfer der im Reichswehrministerium eingesetzten Untersuchungskommission zum Zwecke verschiedener Feststellungen in das Ruhrgebiet abgereist sei. Das Demontieren des Reichswehrministeriums ist nach diesen, aus unbedingt zuverlässiger Quelle stammenden Mitteilungen unrichtig, und die Freilicht betont, daß das Vorgehen des Oberst v. Baumbach in der Folge ebenso eine Bestätigung finden wird, wie die Beschwerden gegen die Weigade Epp trotz aller Ablehnung ihre Bestätigung gefunden hätten.

Selbst der Königlich Preussischen Zeitung, die im Herzen durchaus mit der Forderung des blutdürstigen Obersten einverstanden ist, geht dieses Auftreten des Militärs gegen den Strich. Zu einer Notiz „Wallensteinerei“ kommt sie nach einigen Weinen und Wber zu folgendem Schluß:

Das ändert aber nichts daran, daß solche Wallensteinerei im Interesse des Staatswohl als schärfste zu tadeln ist. Es gäbe nach Maßgabe des staatlichen Empfindens, zu dem die alte Zeit und erzeugen hatte, darauf nur die eine Antwort, daß der auffällige Offizier sofort seines Postens enthoben und vor das Kriegsgericht gestellt würde. Die Regierung selbst trifft die Schuld, wenn ihre Autorität so zerstückelt ist, daß sie zu einem solchen Schritt der Staatsnotwendigkeit nicht mehr fähig ist.

Was wir den Herren Müller und Geßler zur Notiz empfehlen. Das gilt nicht nur für den Fall Baumbach, sondern ebenso für die Fälle Watter, Schäfer und Vohberg und unzählige mehr.

Ist der Reichswehrminister blind?

Verfassungstreue Truppenteile werden geschurigelt.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ein eigener Drahtschreiberkatter des Vorwärts meldet aus Hamburg: Die in weitem Umkreise von Hamburg liegenden Reichswehrtruppen haben am Montag von dem Stettiner Wehrkreiskommando den Befehl erhalten, zum Grenzschutz an die polnische Grenze abzugehen. Auf dem Hamburger Telegraphenamt wurden gleichzeitig folgende Telegramme mit übereinstimmendem Text von einer Anzahl Offiziere abgefaßt: „Am 14. nach Indien.“ Daran schlossen sich Abschiedsgrüße an Privatleute. Ein Offizier telegraphierte an einen Bliesfeldweibel: „Abreise, Bliesfeld, Ihre Entlassung Quatsch, brauchen Sie in einigen Tagen, der Truppenteil wird geschurigelt.“ Wie der Korrespondent des Vorwärts aus wohl informierten Kreisen erfährt, handelt es sich ganz offenbar darum, daß die in Frage kommenden Truppenteile, deren Franzosen und Unteroffiziere sich während des Kapp-Putsch als verfassungstreu erwiesen, an Orte gebracht werden sollen, wo sie — nach der Heuerung eines Offiziers gegenüber dem Gewächsmann — „hinter Bretter gehen und wieder in das richtige Fahrwasser“ gebracht werden sollen.

Entwaffnung der Zeitsfreiwilligen in Anhalt und der Provinz Sachsen.

Wie dem Leipziger Tageblatt aus Halle berichtet wird, hat Oberpräsident Hering, um dem anhaltenden Kampf um die Zeitsfreiwilligen-Regimenter ein Ende zu machen, für die Provinz Sachsen und für den Freistaat Anhalt angeordnet, daß die von ihm näher bezeichneten Zeitsfreiwilligenverbände unverzüglich, spätestens bis 15. April, sämtliche in ihrem Bes. befindlichen Waffen und Ausrüstungsgegenstände abzugeben haben. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft.

Das entschiedene Vorgehen des Oberpräsidenten steht wohlwollend von dem Verhalten der sächsischen und sächsischen Regierungen ab. Hossentlich wird man auch an anderen Stellen nun diesem Beispiel folgen. Insbesondere muß von der sächsischen Regierung, die ihre Unfähigkeit bisher immer mit formalen Bedenken und mit dem Hinweis auf die Unzuständigkeit zur Lösung dieser Frage entschuldigt hat, gefordert werden, daß auch sie nun endlich dem berechtigten Verlangen der Arbeiterschaft nachzieht und die Entwaffnung der reaktionären Zeitsfreiwilligenformationen durchsetzt. So viel Selbständigkeit wie ein preussischer Regierungspräsident, also eine doch immerhin untergeordnete Regierungsstelle, muß doch die sächsische Regierung auch haben.

Maerchers Nachfolger.

III. Dresden, 13. April. Die Leitung der militärischen Unternehmungen im Vogtlande hat Generalmajor v. Stolzmann, ein geborener Hesse, übernommen, der vorläufig mit der Leitung des Wehrkreiskommandos IV beauftragt ist.

Englisch-französische Verständigung?

Nach einer Pariser Meldung statete Lord Derby am Montag nachmittags Millerand einen Besuch ab, um im Namen seiner Regierung um einige Aufklärungen zu bitten. Der Temps sagt: Wenn, wie es nach der Unterredung den Anschein hat, ein Einverständnis zwischen der englischen und der französischen Regierung erzielt ist, so ist es wahrscheinlich, daß Bonar Law heute im Unterhause eine Erklärung abgeben wird. Unter diesen Umständen werde Millerand morgen in der französischen Kammer das Wort ergreifen.

Nach einem Privattelegramm des Temps aus London vom Montag nachmittags glaubt man auch in englischen Kreisen, daß der Zwischenfall als beigelegt gelten kann. Man hofft dort, daß die Krise, wenn es überhaupt eine Krise gab, heute ihr Ende erreicht hat.

Rußland nimmt die litauischen Bedingungen an.

Kowno, 12. April. Tschitscherin hat mitgeteilt, daß Rußland die Unabhängigkeit Litauens vorweg anerkennen und sie nicht erst bei den Friedensverhandlungen erörtern wolle, daß es wegen der Grenzen Litauens die von der litauischen Regierung aufgestellte ethnologische Grundlage annehme und hinsichtlich der Städte Wilna und Grodno den litauischen Standpunkt teile. Wegen des Ortes der Friedensverhandlungen wolle es jeden Vorschlag der litauischen Regierung in Erwägung ziehen. Werden durch das Entgegenkommen Rußlands die Schwierigkeiten für eine Verständigung mit Litauen beseitigt, so wird damit andererseits die Verständigung mit Polen erleichtert, weil Polen bekanntlich grundsätzlich die Wiederherstellung der polnischen Grenzen nach dem Stande von 1772 fordert.

Belagerungszustand in Jerusalem.

Amsterdam, 12. April. Laut Times ist in Jerusalem der Belagerungszustand verhängt worden. Die Rädelsführer der jüdischen Unruhen sind verhaftet. Die Stadt ist ruhig. Die Banken und Geschäfte sind wieder geöffnet. Bei den jüngsten Zusammenstößen wurden 5 Juden und 4 Mohammedaner getötet, 6 Juden, 22 Mohammedaner und 2 Christen verwundet.

Fortschritte der englischen Arbeiterpartei bei Wahlen.

London, 10. April. (Reuter.) Bei der Erziehungswahl in Darford wurde Mills (Arbeiterpartei) gewählt. Hier war bei der letzten Wahl der Koalitionsliberaler gewählt worden. Bei der Erziehungswahl in Stockport wurden Greenwood (Koalitionsunionist) mit 22847 und Hildes (Koalitionsliberaler) mit 22386 Stimmen gewählt. Ser Den Money (Arbeiterpartei) erhielt 16042, Berry (Kooperativer und Arbeiterpartei) 14341, Einzell (Unabhängiger) 5644, Ferrer (Unabhängiger) 5543 und O'Brien (Republikaner der irischen Arbeiterpartei) 2386 Stimmen. Bei der letzten Wahl waren die Koalitionsliberalen ohne Gegenkandidaten gewählt worden.

Frankreichs militärischer Putsch.

W. O. Die politischen Ereignisse jagen sich in revolutionären Zeiten in so schneller Folge, daß selbst den eingeweihten Politikern es nicht immer leicht ist, ein richtiges Bild von der jeweiligen politischen Konstellation zu erhalten. Deshalb tut zeitweise Befinnung und Umblick, Rückschau und Ausblick besonders not. Ueber den kleinen Ereignissen, die oft so sensationell erschütternd wirken, dürfen die großen Linien nicht vergessen werden, und mancher Vorfall, den wir im Augenblick nach der Stimmung gewertet hatten, in der wir uns gerade befinden, findet eine wesentlich andre Wertung bei der Betrachtung unter dem großen Gesichtswinkel des letzten Zieles.

In besonders hohem Maße gilt dies von den Ereignissen in der äußeren Politik, die leider in Deutschland noch immer unter dem Gesichtswinkel innerpolitischer Wertung betrachtet werden. Selbst die große Idee der Weltrevolution hat daran bisher wenig ändern können. Es ist nicht nur die deutsche Bourgeoisie, die in den Maßnahmen irgendeiner ausländischen Regierung den Ausdruck des Volkswillens jener Nation zu sehen glaubt. Es ist auch ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft, der noch immer dieser Denkweise unterliegt. Selbst die Arbeiter, die völlig verstehen und dank ihrer revolutionären Erfahrungen sehr wohl wissen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes keineswegs dafür verantwortlich zu machen ist, wenn die deutsche Regierung mit militärischen Maßnahmen im Ruhrgebiet und in der neutralen Zone eingreift, selbst die Arbeiter, die sich wohl dessen bewußt sind, daß solche Regierungshandlungen ein Ausfluß militärischer Willkür, nicht aber der Ausdruck des Volkswillens sind, selbst diesen Arbeitern fehlt es nicht selten an Verständnis dafür, daß auch die Maßnahmen ausländischer Regierungen nicht immer oder sogar selten der Ausdruck des Volkswillens sind.

Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Regierung, als sie in die neutrale Zone des Ruhrgebietes ihre Truppen einmarschieren ließ, sich eine Verletzung des Friedensvertrags zuschulden kommen ließ. Nach dem Artikel 43 des Friedensvertrags ist der deutschen Regierung „die ständige oder zeitweise Unterhaltung oder Ansammlung von Streitkräften in der neutralen Zone untersagt“. Auch das Zusatzabkommen vom 9. August 1919, durch das die Regierung die Erlaubnis erhielt, eine bestimmte Zahl von Formationen „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ in den Gebieten der neutralen Zone zu verwenden, bildet keine Rechtfertigung für die Maßnahmen der deutschen Regierung. Die Regierung bemüht sich vergeblich, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Kopfgahl der Truppen nicht höher ist, als dieses Zusatzabkommen es gestattet. Abgesehen davon, daß die Nachrichten über die Zahl der im neutralen Ruhrgebiet verwendeten Truppen durchaus widersprechend und deshalb unglauwürdig sind, ist dies ein neuer Versuch, die öffentliche Meinung auch des Auslandes irrezuführen. Das Zusatzabkommen legt nämlich nicht etwa nur die Kopfgahl, sondern auch eingehendste die Formationen und ihre Zusammensetzung fest, wodurch insbesondere die Zahl der Maschinen-gewehre und Geschütze aufs genaueste festgesetzt sind. Diese Bestimmungen aber sind von der Regierung zweifellos verletzt worden. Damit war der Zustand des Artikels 44 des Friedensvertrags gegeben: „Jeder etwaige Verstoß Deutschlands gegen die Bestimmungen der Artikel 42 und 43 gilt als feindselige Handlung gegen die Signatarmächte des gegenwärtigen Vertrags und als Versuch einer Störung des Weltfriedens.“ Danach war klar, daß der Verstoß der deutschen Regierung nicht die französische Regierung allein anging, sondern eine Angelegenheit der Signatarmächte des Friedensvertrags war, ja daß er als Versuch einer Störung des Weltfriedens vor das Forum des Völkerbundes gehörte. Keine Bestimmung des Friedensvertrags gab der französischen Regierung das Recht, deutsche Städte in der neutralen Zone zu besetzen. Trotz aller Schuld der deutschen Regierung bleibt dieses Vorgehen Frankreichs ein nackter militärischer Gewaltakt.

Soweit die objektiven Tatsachen. Die bürgerliche Ideologie und Mentalität findet allein Ursache zur Empörung und neuer chauvinistischer revancheküsterner Hege. Damit kann der deutschen Arbeiterschaft nicht gedient sein, damit kann für revolutionäres Denken das Problem nicht gelöst sein. Zunächst gibt es eine durchaus verständliche psychologische Entschuldigung für die militärischen Maßnahmen Frankreichs, wenn man sie zunächst einmal als rein

mittätliche Ansicht und den Militärs die Verantwortung dafür überläßt. Die französische Militärs, doch und seine Generäle, leben in der dauernden Furcht eines nahe bevorstehenden Revanchekrieges Deutschlands gegen Frankreich. Nicht nur die Arbeiter, nicht nur die Reaktionsäre und Kapp-Putschisten, auch die Regierungen der Herren Ebert, Scheidemann und Bauer haben durch ihr Verhalten dieser Furcht stets neue Nahrung gegeben. Leere Drohungen, dröhnende Phrasen, waren die Grundlage der deutschen Außenpolitik, während im Lande selbst für jeden Eingeweihten die nackte Herrschaft einer skrupellosen Militärkamarilla einwandfrei zu erkennen war. Alle Mahnungen und Warnungen der Signatarmächte des Friedensvertrags sind eindrucklos an den deutschen Regierungen vorbeigegangen. Die Anklagen Niefels wie die Warnungen Kollerts, die Drohungen Hochs wie die Politik Churchill sind in gleicher Weise unbeachtet geblieben. Deshalb suchte die französische Generalität bei jeder Gelegenheit die Stellung des deutschen Militarismus durch neue Niederlagen zu schwächen, deshalb sah sie in ihrer blaffen Furcht im Einmarsch in die neutrale Zone bereits eine Verschlebung der Front und eine Art Offensivmaßnahme gegen Frankreich. Deshalb nahm sie die Gelegenheit wahr, ihre überlegene Stärke nochmals schleunigt durch das Aufgebot einer großen Truppenmacht zu beweisen.

Wenn also allein Militärs für die Politik verantwortlich wären, so wäre immerhin einiges Verständnis für die französischen Maßnahmen gegeben. Daß aber die verantwortlichen politischen Leiter entweder nicht genügend Scharfblick besäßen, um die Argumente des französischen Militarismus zu durchschauen und zu widerlegen, oder aber, wenn auch in Frankreich die Macht des politischen Bürgertums und somit der Zivilregierung gegenüber der militärischen Organisation wehrlos ist, so gewinnt dadurch das Problem eine neue Seite und diese ist es, die für die Arbeiterschaft nicht nur Deutschlands, sondern für die gesamte revolutionäre Bewegung von größter Bedeutung ist.

Dem Kenner der französischen Politik ist es kein Geheimnis, daß die Politik der französischen Regierung genau so wenig einheitlich, genau so ziel- und planlos wie die der deutschen Regierung ist. Bald sich dem Einfluß der übermächtigen Militärkaste beugend, bald in Furcht vor revolutionären Abwehraktionen der französischen Arbeiterschaft vom einmal eingeschlagenen Wege abbiegend, bald in aufwallender Besorgnis gegen die eigenen Verbündeten schwere Anklagen erhebend, bald wieder reumütig von ihnen Beistand und Hilfe erbittend, bald die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des gemeinsamen Wiederaufbaus mit Deutschland erkennend, bald alle Hoffnungen auf letzte imperialistische Erpressungen setzend, schwankt die Politik, das Volk immer von neuem seelisch erschütternd und aufpeitschend wie ein Rohr im Winde. Mitten in diese schwankende Politik hinein nun schlägt wieder einmal ganz analog dem Unternehmen der Herren Lüttich und Kapp ein militärischer Putsch, der nicht allein von außenpolitischer Bedeutung, sondern in hohem Maße von innenpolitischer Tendenz ist. Gelang es der Militärkamarilla in Frankreich mit der Befehung der Gebiete in der neutralen Zone einen neuen Sieg zu erringen, würde diese Politik der Tat und der starken Hand durch die Verbündeten gedeckt und somit vor der Welt gerechtfertigt, so wäre Frankreich aus seiner Rolle der Hilflosigkeit innerhalb der Signatarmächte des Friedensvertrags plötzlich wieder zur politisch führenden Macht aufgestiegen. Dann wäre aber auch innenpolitisch die Herrschaft der Militärkaste aufs neue voll gefestigt worden. Der Putsch des Herrn Hoch war ein Versuch, die inzwischen schwer diskreditierte Machtpolitik des französischen Militarismus neu zu kreditieren. Die Bestimmungsperiode, in die das französische Volk allmählich hineintreibt, den Bahn der Machtpolitik und die Weisheit der Verständigungspolitik erkennend, diese Bestimmungsperiode sollte durch einen Gewaltstreich beendet werden. Dieser Versuch ist mißlungen. Der französische Militarismus steht plötzlich vor aller Welt bloßgestellt, einsam und verlassen als Verbrecher am Weltfrieden da. Daß englischer und amerikanischer Imperialismus allein um ihres eigenen Interesses willen und nicht aus höchster Menschenfreundlichkeit und Gerechtigkeit diese Niederlage des französischen Imperialismus herbeiführen, bedarf keines Beweises. Die Tatsache aber bleibt bestehen, daß der militärische Putsch in Frankreich genau so mit einer Niederlage geendet hat wie in Deutschland. Der Sturz des Kabinetts Millerand, der schon heute als sicher gelten kann, ist die Quittung darüber, daß der französische Militarismus schwer geschwächt aus dieser Niederlage hervorgeht. Wie in Deutschland die militärische Niederlage eine neue Revolutionierung der Massen und eine Stärkung der revolutionären Idee zur Folge gehabt hat, so wird auch in Frankreich die revolutionäre Arbeiterschaft den Gewinn der militärischen Niederlage für sich buchen können. Unter diesem Gesichtswinkel wird es auch notwendig sein, alle weiteren Vorgänge, die die nächsten Tage uns noch auf außenpolitischem Gebiete bringen werden, zu werten.

Eine schlechte Verteidigung.

Berlin, 12. April.

Die Regierung trat vor die Nationalversammlung, um eine Erklärung abzugeben über ihre Haltung während der letzten Ereignisse. Sie steht vor dem Trümmerhaufen ihrer Politik. Neue wichtige Ereignisse bereiten sich vor. Die militärischen Putschisten rüsten auf. Von Süddeutschland kommen Nachrichten, die Schlüsse auf eine Lostrennungsbewegung in Süddeutschland zulassen. Die Einwirkung des Militärs auf die Entscheidungen der Regierung läßt sich nicht verschleiern. Die Situation erfordert größte Offenheit. Eine Regierung, die in solcher Situation keine klare Sprache führt, begünstigt die Pläne der Gegenrevolution.

Die Regierung hat keine klare Sprache geführt. Die Rede des Reichsanzlegers Hermann Müller war ein Plädoyer für die Regierung. Er erhob Anklage um Anklage gegen die französische Regierung, um hinter den Anklagen die eigene Schuld zu verbergen. Für eine bürgerliche Regierung ist es nicht schwer, die Entrüstung über den französischen Vormarsch so zu stilisieren, daß sie die französische Regierung vor verletztem Nationalempfinden ins Unrecht setzt. Die Regierung Hermann Müller hat sich die Verteidigung ihrer Außenpolitik sehr leicht gemacht. Der böse Wille der französischen Regierung allein trägt die Schuld — die deutsche Regierung hat nur ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung erfüllt. Der bürgerlichen Denkweise mag diese Verteidigung genügen — um so mehr, als der Einmarsch ins Ruhrgebiet im Interesse des Bürgertums erfolgte.

Der Arbeiterschaft gegenüber bedeutet die Rede Hermann Müllers keine Rechtfertigung. Hinter der Schuld der fran-

zösischen Regierung, hinter der Schuld der Lüttich und Genossen läßt sich die Schuld der Koalitionsparteien nicht verbergen. Der Reichsanzleger gab eine Geschichtsdarstellung der Ereignisse im Westen, die sich auf die Darstellungen der Militärs und der bürgerlichen Presse stützte, und die durchaus erfüllt war von dem Bestreben, die Bolschewistenfurcht zur Verteidigung der Regierungshandlungen zu benutzen.

Er entschuldigte das Militär. Er wußte nichts von dem Willen des weißen Schreckens. Er versuchte, die Wahrheit zu verschleiern, um die Notwendigkeit des Einmarschs der Reichswehr zu beweisen.

Das Bedeutsame in der Müllerschen Rede aber war die Erklärung über die Einwirkung der Gewerkschaften. Er leugnete jede Einwirkung und drohte für den Fall einer Einwirkung seine Demission an. Diese Erklärung, die der Rücksicht auf die Militärs und auf Süddeutschland entsprang, entwertet alle Zugeständnisse, die von der Regierung auf die Forderungen der Gewerkschaften gemacht worden sind.

Die Regierung hatte die Absicht, die Müllersche Rede als parlamentarisches Ereignis, als großen Tag zu kennzeichnen. Das Haus aber war schlecht besetzt, und die Rede Müllers fand keinen großen Widerhall. Unterstützung fand er fast nur bei den bürgerlichen Parteien, wenn er gegen den Putsch von links, gegen den Bolschewismus, gegen das „Gesindel“ sprach.

Die harmlose Regierung.

Die Koalitionsregierung Müller-Gehler mag von Uebergriffen des Militärs nichts sehen. Das heißt, es erscheint am bequemsten in solchen Fällen, zu erklären: Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts! Ein klassischer Beleg dieser Jambertaktik ist die folgende Notiz, „Künftige Regelung von Zensurfragen“ der regierungsoffiziösen Deutschen Allgemeinen Zeitung:

Wenn es zutrifft, was einige Berliner Blätter melden, ist in Erfurt das Organ der Unabhängigen, Die Tribüne, unter Vorzensur gestellt worden. Wir erfahren hierzu aus dem Reichswehrministerium, daß hinsichtlich in allen Fragen der Zensur und Vorzensur der Reichswehrminister sich die persönliche Entscheidung vorbehalten hat, bis die vollziehende Gewalt überall auf Zivilkommissare übergegangen ist.

Die Reichsregierung weiß also nichts mehr von dem heillosen Skandal, der sich seit mehreren Tagen schon in Erfurt abspielt. Seit dem 9. April erscheint das Erfurter unabhängige Blatt Die Tribüne unter Vorzensur. (Dabei ist der Belagerungszustand über ganz Thüringen durch den Reichswehrminister aufgehoben worden, wobei natürlich auch die preußischen Teile dieses Gebietes einbezogen sein müssen, da es in jener Programmrede des Reichswehrministers, in der er vor Pressevertretern die Maßregel ankündigte, ausdrücklich hieß: In kurzer Zeit werde die Aufhebung „auch in andern Teilen Preußens folgen“. Aber was schert das die militärischen Herren des Landes!) Tag für Tag kommt das Blatt mit grohen weißen Flecken heraus. Am 9. April war ein Artikel von anderthalb Spalten vom Zensur restlos gestrichen worden. Nur die Überschrift „Ein ungeheuerliches Verbrechen“ war stehen gelassen worden. Die Redaktion bemerkte dazu:

Von diesem Artikel hat der Zensur nur die Überschrift stehen gelassen, obwohl er schon in einigen unserer Parteiblätter zum Abdruck gekommen ist. Wir sind zur Zeit machtlos gegen diesen skandalösen Zustand, der ein Teil eines viel gesteigerten Stages der Demokratie über das Kappregime ist. Immerhin sind wir begierig, was die am Montag zusammengetretene Nationalversammlung dazu sagen wird, daß die Regierung und die Zivilkommissare der Reichsregierung sich als machtlos erweisen haben.

Und zu diesem Skandal hat der Reichswehrminister nichts weiter zu sagen, als das Verlegenheitsgestammel der oben wiedergegebenen Notiz. Wir nehmen an, daß die sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung ihm begreiflich machen werden, daß er seinen Militärs gefälligst endlich Zügel anzulegen hat. Die schleunigste Aufhebung des Belagerungszustandes ist die einzige befriedigende Maßregel, die gegen diese militärischen Ausschreitungen getroffen werden muß.

Die Gegenrevolution in Bayern.

In einem Artikel des Berliner Tagesblatts, der eine ganze Reihe von Tatsachen über die Organisation der Gegenrevolution in Bayern aufzählt, heißt es:

Man rüstet in München mit feberhafter Eile. Bundesgenossen sucht und findet man in monarchistischen Kreisen; in einer maßlosen, wildesten antisemitischen Hese, die vor Insultierung ausländischer Pressevertreter, die bei einer Demonstration nicht mitmachen wollten, nicht zurückbleibt; in den bloßgestellten separatistisch-franzosenfreundlichen Kreisen; in den vollständig eines vernünftigen Deutens unfähig gewordenen Studenten- und Hochschulvereinen; in den Beifreiwilligen, die sich ihrer Auflösung widersetzen (und nicht nur das; das Freikorps Oberland, dem die Note der Entente vom 12. März nicht unbekannt ist, erklärt Werbauftrufe und errichtet Werbestellen! Es ist seinerzeit anzusehen, worden von dem jetzigen Leiter des völkerrassistischen Völkischen Beobachters, dem mit Verteidigungsanlagen nicht bezukommen ist; denn er ist entmündigt. Ein seines Mittel, wenn man sich der Verantwortung entziehen will).

Die Höhe aber ist folgende Zeitungsangabe:

Die Werbestelle der amtlichen Technischen Rüsthilfe befindet sich nach wie vor Leopoldstraße 18, die Werbestelle des Bayerischen Ordnungsbüros und seiner Technischen Ordnungshilfe Eisenstraße 5, Pension Feldhütter (eine Zentrale aller solcher Unternehmungen).

Will die Reichsregierung die Verfassung wahren? Provoziert sie absichtlich willkürliche Streiks, um uns vollends zu verelenden? Will sie Reichs- und Einwohnerwehren entlassen, die Sparta listen aber bewaffnen?

Alles das wird fest behauptet. Die Reaktion ist in München auf dem Marsch, und jeder Augenblick kann uns die unliebste Überraschung für das Reich geben.

Ueber die schon kurz mitgeteilte Drohrede des Ministerpräsidenten von Ruhr gibt dasselbe Blatt folgende ausführlichere Angabe:

Meine Herren! Sie kommen in der schicksalsschweren Stunde Bayerns, und ich weiß mich mit Ihnen ein, daß sich Bayern einer Auflösung der Einwohnerwehren mit allen Mitteln widersetzen muß. Ich habe in Berlin das bestimmte Verlangen gestellt, daß der Erlaß über die Auflösung der Einwohnerwehren widerrufen werde, und keinen Zweifel darüber gelassen, daß im Belagerungsfalle die Folgen nicht zu übersehen seien. Trotzdem ist nach Lage der Dinge leider damit zu rechnen, daß die Reichsregierung sich nicht um 6 o b i n g t auf unsern Standpunkt stellen wird. In diesem Falle wird Bayern seinen Weg weiter gehen, selbst auf Kosten einer vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich. Die Tage ist überaus ernst. Was die nächsten Tage, ja Stunden, bringen können, wissen wir nicht. Wir wissen aber, daß, wenn die Reichsregierung auf untreue Vorstellungen hin nicht entschlossen handelt, unsre Wege sich von denen des Reiches trennen werden und mit einem vorübergehenden Ausschneiden Bayerns aus dem Reichsverbande gerechnet werden muß.

Wir erwarten, daß die bayrische Reaktion die Rechnung ohne die bayrische Arbeiterschaft gemacht hat, die sich gegen jeden Versuch, die Einheit des Reichs zu zerstören, oder von Bayern aus das Reich mit einem neuen Kapp-Putsch zu überziehen, mit aller Kraft zur Wehr setzen wird.

Ein Ausschuh zur Untersuchung der militärischen Kapplaten und -Geisse.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, daß im Reichswehrministerium ein Untersuchungsausschuh zur Untersuchung der Haltung der verschiedenen Reichswehrkontingente zur Zeit des Kapp-Putsches geschaffen worden ist. Zum Unterstaatssekretär ist der Mehrheitssozialdemokrat S t o d a aus Heidelberg ernannt worden, der sich sofort nach Antritt seines Amtes ins Ruhrgebiet begeben hat, um dort die ersten Untersuchungen in die Wege zu leiten.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Unverantwortliche Hege.

Die bürgerliche Presse enthält eine Meldung über die militärische Lage im Ruhrgebiet und Münster, die nur aus freien Stücken besteht. Es heißt in ihr u. a.:

Neue Truppen sammeln sich im Abschnitt Gevelsberg-Schwelm-Barmen-Uberfeld-Stemselb. Hier soll Widerstand bis zum äußersten geleistet werden. Die Stärke der anstehenden roten Armee Oberfelds und Barmens ist 8000 Mann, die sich jedoch bei einem Eingreifen der Reichswehr sofort auf etwa 10 000 Mann erhöhen wird. Dazu kommen noch die sich jetzt auf Barmen zurückziehenden Reichsarbeitern aus dem andern Industriebezirk, so daß man mit einer Gesamtsatzung von 18 000 Mann zu rechnen hat.

Mit solchen in allen Punkten unwarhen Meldungen wollen die Militärs, entgegen dem Willen der Regierung, den Einmarsch der Reichswehr in das bergische Land erzwingen. Das heißt, daß die Militärs, die mit der Feder kämpfen, eine ebenso große Wertschätzung und wie die der Wehr und Handgranaten als Waffen benutzen. Herr Severing scheint diese Erkenntnis noch nicht aufgedämmert zu sein, sonst hätte man wohl von ihm erwarten dürfen, daß er diesen Treiben mit aller Entschiedenheit entgegentritt.

Die Lage im bergischen Land in Wirklichkeit ist, das haben die Oberhäupter dieser Blöde dauernd in Telegrammen an die Regierung und nach Münster berichtet. Auch jetzt ist dort alles ruhig, was sich allerdings sofort ändern würde, wenn die Reichswehr einmarschieren würde.

Oberfeld, 18. April. Der Milizauschuh, der sich nach dem Kappputsch aus den drei sozialistischen Parteien gebildet hatte, hat sich gestern aufgelöst und wird durch einen Ordnungsausschuh ersetzt. Der Zentralrat, der seinen Sitz in Barmen hatte, hat sich ebenfalls aufgelöst und hat den geschäftsführenden Ausschuh mit der Erledigung der vorliegenden Angelegenheiten betraut.

Rechtssozialisten gegen Waller und Severing.

Die rechtssozialistische Partei des Ruhrpools wendet sich gegen die unzulässige Erklärung Wallers und Severings. Sie hat folgendes Telegramm an den Reichsanzleger Müller gerichtet:

Die heute, den 11. April 1920, im Hotel Geisel in Barmen tagende Sitzung der Vorstände der S. V. D. von Barmen-Bohnhof hat die Bekanntmachung Severing-Waller für völlig unzulässig. Kein Mitglied kann damit zur Rückkehr bewegen werden. Viele Kaufleute unheimlicheren Mächtigkeiten belastet materiel und in Ernähung sehr hart. Gesährliche Missetat, gefährlicher Ungehorsam in der Heimat mit allen Rückschlüssen, auch denen, die nach dem 8. April die Waffen abgeben, die keine kriminellen Verbrechen begangen haben, durch Kabinetsdelikt ungünstig werden.

Reichswehr hat wiederholt in Weiber, Mühlhölz der Ruhr, sozialdemokratische Vorgesetzte beider Richtungen verhaften wollen, deren Häuser durchsucht und Erschießen der Genossen angedroht. Genossen mühten Mühen, Reichswehr am 9. April bis Haltinghausen bei Barmen, 10 Kilometer südlich Ruhr, entgegen der Regierungsbeschlüsse, voranzutreten.

Vorstände der sozialdem. Partei Barmen-Uberfeld-Bohnhof. J. K.: Ullmann, Wintelhoff, Kahlbach.

„Frankreichs geheime Pläne.“

Das Volkswirts Bureau verbreitet eine amtliche Meldung, nach der in einer Konferenz höherer französischer Offiziere, die in Mainz abgehalten wurde, die Pläne für die gegenüber Deutschland einzuführende Politik festgelegt worden sein sollen. Darin heißt es:

Die Rheinlinie ist nötig um eine dauernde Sicherheit und die Gewährleistung zu geben, daß wir vor Revancheeben der deutschen Militärs nicht geschützt sind. Wohl ist die Regelung des linken Rheinufer von großer Bedeutung, aber mit Ausnahme von Köln, dem englischen Sektorabstimm und einigen sonstigen Randabschnitten befindet sich auf dem linken Rheinufer kein großer fundierter Reichtum. Deshalb müßte dem Bunkerstaat auch derjenige Teil des rechten Rheinufer angegliedert werden, der Frankreich u. a. und umgibt, das Ruhrgebiet und die Bielefelder Industrie umfaßt. Köln wird in 4 Jahren geräumt, Koblenz wohl auch. Wenn vorher die rechte und linke Seite des Rheins nicht angegliedert sind, können wir es erleben, daß wir Mainz und Wiesbaden anfangen müssen. Bis dahin sind die Schulden nicht bezahlt. In Deutschland wieder herangekommen und bildet eine Gefahr, besonders durch seine Kohlen, seine Industrie-Technik und den Rhein, der der Kanal für die Kohlen nach Rheinland, Westfalen und Süddeutschland ist.

Weiter wird gesagt, die Verlegenheit Deutschlands müsse ausgeglichen werden, um Vorteile für Frankreich zu erlangen. Die Militärs müßten vor vollendeter Tatsache stehen werden. Deutschland wäre am besten in 5 bis 6 größere Bundesrepubliken zu zerlegen und zwar: 1. Bayern, Baden, Württemberg, 2. Rheinische Republik mit beiden Ufern, 3. Im Norden Bommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein, die in der Hauptsache agrarisch sind; die Danzabüste sind dann belanglos, 4. Thüringen und Sachsen als Industrieregionen und als Mitteldeutsche Republik, 5. Berlin mit Schlesien und einem kleinen Teil Pommerns mit der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien und Budapest.

Es wird ausgeführt, daß die innenpolitischen Verhältnisse Deutschlands ruhig ausgeglichen werden müßten, und dann gesagt:

Im Grunde mit dem schwer zerstörten Belgien können wir auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrages einmarschieren und uns festsetzen. Zunächst müssen wir die mittlere kapitalistische Richtung in Deutschland und die U. S. W. für uns interessieren, als negative Bundesgenossen gegen die Berliner Regierung, und ihnen glauben machen, daß ihr Elend von Berlin kommt, damit sie auf Berlin und die Regierung marschieren. Dann können wir, wenn im Ruhrgebiet Unruhen entstehen, mit den Belgiern als Nachbarin und am meisten Interessierten dort einrücken. Bis dahin ist der rechte Flügel besetzt und administrativ beruhigt. Dabei wird aber die belgische Pläne, so fällt die Mitte gegenüber dem englischen und amerikanischen Abstimmt wie aus einer Hand und von selbst zu und damit wäre die rheinische Republik geschaffen, aber auf beiden Seiten des Rheins. Die bewusste Kluge Politik setzt uns in 1 bis 2 Jahren in Besitz dessen, was doch will, nämlich der militärischen Rheinarmee mit starken Belagerungsköpfen, ohne ernstlichen Widerstand Deutschlands und unierer Militärs.

Ob die amtliche Darstellung in allen Teilen richtig ist, läßt sich noch nicht beurteilen. Man wird zunächst einmal die Erklärung der beteiligten französischen Kreise zu dieser Darstellung abwarten müssen. Im übrigen deuten verschiedene Wendungen in dem Bericht darauf hin, daß er für bestimmte innenpolitische Zwecke zurechtgebildet ist.

Deutschland.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

wird voraussichtlich Ende Juni oder Anfang Juli stattfinden, und zwar werden für die einzelnen Bezirke zeitlich verschiedene Abstimmungstermine festgesetzt werden. Für Ostpreußen, mit Ausnahme des Kreises Allenstein, wird bisher der 27. Juni als Abstimmungstermin angesetzt.

Keine Ausübung der ober-schlesischen Mandate.

Nach einer Meldung der Wostischen Zeitung hat der Präsident der Anterallierten Kommission für Oberschlesien dem neuen Bevollmächtigten mitgeteilt, daß alle ober-schlesischen Mandate zum Schließlichen Landtage suspendiert seien. Besucher des Landtages dürfen nicht nach Oberschlesien zurückkehren.

Er lebt noch.

Der „berühmte“ Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung nämlich. Wie aus Berlin gemeldet wird, tritt der 2. Untersuchungsausschuss am 14. April in einer öffentlichen Sitzung zusammen, in der die Berechnung des Grafen Bernstorff und des Generalmajors Papen stattfinden soll.

Eine neue Welfenpartei.

Verschiedene Blätter melden aus Braunschweig die bevorstehende Gründung einer braunschweigisch-welfischen Partei unter Vorsitz des Hauptmanns der Deutschnationalen Fraktion der Nationalversammlung, Lampe, welche Braunschweiger Selbstständigkeit oder Angleichung an ein selbständiges Niedersachsen, Festhalten am monarchischen Gedanken, Stammespflichten auf völkischer Grundlage erstreckt unter dem Sloganwort „Vos von Berlin! Festhalten am Reich!“

Ein Disziplinungsverfahren gegen sich selbst hat der Oberbürgermeister der Stadt Halle, Dr. R. v. v., der nach dem Rapp-Putsch von seinem Amte zurückgetreten ist, beantragt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Neue russisch-finnische Waffenstillstandsverhandlungen.

Beilängste Tidens meldet aus Helsinki: Die russische Sowjet-Regierung hat sich bereit erklärt, am kommenden Sonnabend Delegierte nach dem finnischen Grenzort Sastrola zu senden, um mit Vertretern der finnischen Regierung über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Die Bolschewisten haben ihre Truppen von der Archangel-Front in Richtung auf Petersburg zurückgezogen.

Eine neue weiße Armee in Ostibirien?

Nach russischen Zeitungen ist General Semislow im Begriff, aus Ostibirien ein neues Heer gegen die Bolschewisten aufzustellen. Er wird auch versuchen, in Ostibirien eine Volksoberleitung zu veranlassen.

Neues Wahlgesetz und Neuwahlen in Dänemark.

Wie am Sonnabend das Landsting nahm auch das Folketing das neue Wahlgesetz mit den Stimmen der Konserverativen, Radikalen und Sozialisten an. Nach dem neuen Gesetz wird nach Osten in den größeren Distrikten abgestimmt werden. Die Neuwahlen sind für den 22. April angesetzt.

Japanischer Vorstoß nach Ostibirien?

Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanische Regierung an die vorläufige Regierung von Wladivostok ihre Note gerichtet hat, in der sie droht, selbst die Ordnung in Ostibirien herzustellen, wenn nicht bald geordnete Verhältnisse eintreten.

Kämpfe zwischen Japanern und Bolschewisten.

Die Times meldet aus Tokio, daß es in Chabarowsk zu Gefechten zwischen Japanern und Bolschewisten kam, bei denen auf japanischer Seite sechs Zivilisten, fünf Offiziere und 70 Mann fielen. Die Russen hatten 400 Tote.

Neue Opfer der ungarischen Reaktion.

Die Reaktionen in Ungarn suchen nach neuen Opfern. Aus Budapest wird gemeldet: Vor dem Standgericht begann heute der Prozeß gegen den Subalterner Maschineningenieur Stefan Plautner und Genossen wegen Komplotts gegen den Verleger Borkh und gegen die Verfassung. Das Endurteil der Verurteilung war die „Ausrufung der Proletarierdiktatur in Ungarn“.

Nationalversammlung.

Berlin, 12. April.

Präsident Freydenberg teilt mit, daß Telegramme eingegangen sind aus dem Ruhrgebiet, die um Schutz bitten, ferner aus Frankfurt und Darmstadt, die gegen die französische Besetzung Einspruch erheben. Der Präsident berichtigt weiter, daß die Ententevertreter den ober-schlesischen Abgeordneten die Ausübung ihres Mandats verweigern haben. (Große Erregung und Aufseinerhebung!) Die Ententevertreter sind sogar soweit gegangen, daß sie den ober-schlesischen Mitgliedern des schlesischen Provinziallandtags die Mittelkarte in die Hand unterzogen haben. (Erneute Klage der Entrüstung.) Die ober-schlesischen Abgeordneten erheben Einspruch gegen diese unerhörten Angriffe auf die Rechte des deutschen Volkes und der deutschen Volksvertreter und bitten die Regierung, dagegen Widerspruch zu erheben. (Beschäftigte Zustimmung.) Im Namen des deutschen Volkes erhebt der Präsident gegen diese unerhörten Eingriffe der Entente auf die politischen Rechte des deutschen Volkes und seiner Vertreter den allerhöchsten Widerspruch. (Beschäftigte Zustimmung.) Er bittet die Regierung, in aller Mäßigkeit und mit aller Schärfe alle Maßnahmen zu ergreifen, um diesem ungesetzlichen Verhalten der Entente ein Ende zu machen. (Beschäftigte, allgemeine Zustimmung.) Der Präsident macht weiter davon Mitteilung, daß die Nationalversammlung nur bis in die nächste Woche hinein tagen werde.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Müller führt aus: Der Präsident der Nationalversammlung hat soeben im Namen der Volksvertretung den schärfsten Protest eingelegt gegen das verfassungs- und völkerrechtswidrige Vorgehen der Entente in Oberschlesien, die die gewählten Vertreter der Nationalversammlung verhaften will. Ihr Recht auszuüben. Technische Versuche sind von der Entente auch in Raufen gemacht worden. Es scheint sich also um ein einheitliches Vorgehen zu handeln, das angeblich gestützt ist auf Beschlüsse der Vorkonferenz in Paris. Ich kann namens der deutschen Regierung versichern, daß wir mit allem Nachdruck gegen dieses Vorgehen protestieren und die Rechte des deutschen Volkes und seiner Volksvertreter wahren werden. (Beschäftigte Beifall.) Wir werden heute mitten im Frieden unter der Gewalttätigkeit eines im Krieges erprobten übermächtigen Militarismus (Sehr wahr!), dem wir nichts entgegenzusetzen können als unser gutes Recht. Am Rande ist der französische Militarismus eingedrückt wie in Feindesland. (Sehr wahr!) Gegenwärtig liegen in der französischen Universitäts Welt Götter-Geist! (Sehr wahr!) Rufe: Unerhörtes! Ueber dem Matigau National die französische Trikolore. Das verdeckte Abenteuer der Rapp-Putsch-Tagewort hat, wie fast überall, so auch im Ruhrgebiet die gesamte Bevölkerung im Aufbruch gebracht. Ganz besonders die Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit schloß sich zu einer schlagkräftigen Macht zusammen und verhinderte, daß unterrevolutionäre Truppendiversion das freiwillige Spiel des Putsches auch im Ruhrgebiet trugen. Es war ein Verstandnis zur Republik, das dort in geschlossener Front abgelegt wurde und zugleich ein drohendes Weiterziehen für alle, die jetzt oder in Zukunft unter Mißbrauch von Teilen der Reichswehr an Vergewaltigung von Volk und Verfassung denken. Das einige Volk ist härter als alles, und alle. Rapp und seine Spießgesellen waren davongelassen. Ihre Hintermänner von der Rechten trüben mit bemerkenswerter Geschwindigkeit von den Putschisten und ihren Mißbräuern ab. (Nurube rechts.) Aber die Tatsache, daß der Putsch nur durch die Haltung gewisser Kreise der Reichswehr möglich war, daß er in vollem Sinne des Wortes eine Offiziersrevolte war, ließ sich nicht von heute auf morgen aus dem Wege schaffen. Die Reichswehr hatte das Vertrauen vieler Volksteile verloren, und ganz besonders der Arbeiterklasse.

Wit stammten Mißtrauen sah besonders im Ruhrgebiet die Arbeiterbevölkerung den Vorgängen innerhalb des Militärs zu. Sie konnten in diesem Durcheinander, in das die reaktionären Putschisten das Reich gestürzt hatten, kaum noch erkennen, ob sie vorläufige Streiks oder selbständige Truppen vor sich hatte. Diese Atmosphäre von berechtigtem und unberechtigtem Mißtrauen machten sich die Elemente zunutze, denen es bei der ganzen Aktion nicht um die Verfassung gegangen war, nicht gegen die Putschisten, sondern die für sich selbst die Gelegenheit zum Putsch ergreifen wollten, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Ganz gewiß, diese Drahtzieher des Kommunismus hatten den Putsch von langer Hand vorbereitet, aber es ist ein weiteres Verbrechen der Kappisten, daß sie den Boden schufen, auf dem die Putschisten erst Aussicht auf Erfolg hatten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Widerspruch rechts. Ruf: der Abg. Schulz (Dnat.): „Hilfslos! Plahhalter!“ Ohne Rapp-Putsch kein Generalstreik, keine Anarchie im Ruhrgebiet. (Erneute lebhafteste Zustimmung bei der Mehrheit.) Wenn die Militärischen nur einmal solche Sachen machen würden, würde das deutsche Volk noch einmal zu demselben Mittel greifen müssen. (Sehr richtig!) Bei der Mehrheit. (Nurube rechts.) In Stelle der imposanten Arbeiterbewegung trat im Ruhrgebiet allmählich die rote Armee. Unter den Waffen blieben nur die verbliebenen Reste der Reichswehr, die sich organisierten durch den gesamten Anhang des dortigen Reviers.

Dieser Situation, und seiner großen politischen Bewegung, stand die Reichsregierung gegenüber, als sie das Zeichen zum Einmarsch in die neutrale Zone gab. Fast das ganze Volk in allen seinen Massen und Schichten schrie nach Hilfe vor diesem Terror des Verbrechens und der Mörder. Es handelte sich nicht etwa lediglich um die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Organe, die Eigenmächtigkeit von Vollzugsräten, die Annahme von Machtbefugnissen, diese wurden von und im Wege der Verständigung abzuwickeln gesucht, und es wurde versucht, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen ein Abkommen auf Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände zu schließen. So haben wir in Bielefeld und Münster unterhandelt. Das Gelingen aber galt es niederkämpfen. Die Deffnung von Gefängnissen, die Plünderung von Läden, Bahren und Haushalten, zahllose Morde und Erpressungen bei Banken und Postanstalten in Höhe von mehreren Millionen Mark für den Sold der roten Armee, das waren die tatsächlichen Heldentaten der Kommunisten in der neutralen Zone. Kein Vollzugsrat, keine rote Delegation oder Parteiorganisation hat irgendeinen Einfluß mehr auf die bewaffneten Massen, die sich keinem Bielefelder Abkommen hatten, die mit der Sprengung der Bergwerksschächte drohten, und denen gegenüber alle Parteien mit Einschluß der Unabhängigen das Einrücken der Truppen forderten, ebenso wie es der Vorliegende des Zentralrats in Essen, Dr. Stern, vor seiner Flucht in Barmen für unerschütterlich erklärte, da der Zentralrat allen Einfluß verloren habe. So war die Lage, auf Grund deren die Reichsregierung bei der Entente das Einmarschverlangen immer wiederholte. Truppen sind nur dort verwandt, wo sie von Angehörigen aller Bevölkerungsklassen dringend verlangt wurden. In das Wuppertal, wo die Truppen nicht verlangt wurden, sind sie auch nicht hineingeführt worden. Dort sind verfassungsmäßige Zustände durch die Arbeiterklasse hergestellt worden. Die Waffenabgabe wird reiblos durchgeführt. Die Reichswehr darf als Teil des Volkes nur im äußersten Notfall gegen andere Teile des Volkes verwandt werden. Es muß eine freiwillige Ueberreinstimmung zwischen Volk und Reichswehr hergestellt werden, wenn diese in der Lage sein soll, ihre schwere Aufgabe zu erfüllen. Für die noch nicht volles Verständnis zu finden ist. Wie schwer die Reichswehr bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu sein hat, beweisen ihre Verluste. Nach den bisherigen Berichten hat die Reichswehr an Toten gehabt: 15 Offiziere und 142 Unteroffiziere und Mannschaften, an Vermissten 6 Offiziere und 93 Unteroffiziere und Mannschaften, an Verwundeten 10 Offiziere und 800 Unteroffiziere und Mannschaften. (Inhaltliche Beifugung, Gebühres Hört, Hört!) Insgesamt hat die Reichswehr bisher etwa 600 Mann Verluste.

Die Opfer, die die Reichswehr für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände gebracht hat und bringt, sollten sie vor Schmähungen schützen. Niemand legt mehr Wert darauf als die Regierung, daß Uebergriffe unter allen Umständen unterbleiben. Was bedauert aber einige Ausschreitungen gegenüber den Verbrechern, deren sich der Handlung im Ruhrgebiet schuldig gemacht hat? Nach den Berichten hat die Bevölkerung im Offener und Duisburger Bezirk aufgegeben, als die Reichswehr ihre Arbeit getan hatte. Die Disziplin aus dem Ruhrgebiet waren für vor Ostern so dringend geworden, daß es für die Regierung nur zwecklos war; helfen oder abtun. Sie mußte helfen, denn sie hatte die Mittel dazu. Irigend welche militärischen Stellen haben auf die Entscheidung der Regierung keinen Einfluß gehabt. Wir hätten ein längeres Jögern mit der Bekämpfung des Staatsnotstandes erlaubt. Wir sind einmüßig, ohne die Zustimmung Frankreichs zu haben, das die Aktion für unethisch und gefährlich betrachtete. Wenn Leben und Eigentum von Deutschen gefährdet sind, so müssen sie, das zu beurteilen muß Sachde der deutschen Regierung bleiben. (Sehr richtig!) Es ist eine böswillige Mißbilligung des Artikel 14 des Versailles Vertrags zu auslegen, wie das die Entente tut. Die Bestimmungen über den Einmarsch deutscher Truppen in die neutrale Zone ist nicht getroffen, um eine Aktion zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung zu unterbinden. Einen formalen Verstoß haben wir begangen. Aber wir haben, indem wir eine Beschränkung von 5 Millionen vor Rand und Veränderung und noch Schlimmerem bewahrt haben, uns keiner selbstlichen Handlung gegen die Signatarmächte und keiner Verletzung des Selbstbestand schuldig gemacht. Wir haben unser Wirtschaftslieben vor dem Untergang bewahrt, ohne das auch nicht ein einziger Artikel des Versailles Vertrags außer Acht gelassen werden kann. Deutschlands Wirtschaftslieben ist abhängig von der Ruhrfrage und der Eisenzeugung des Duisburger Gebiets. Gerüstete Verhältnisse dort und die ständige Drohung ihrer Wiederkehr sind der Tod der deutschen und der europäischen Wirtschaft. Wir erheben aber gegen die französische Regierung die Forderung, ihr selbst den Versailles Vertrag zu verletzen und ihre Vertragsstreue um jeden Preis zu bringen zu haben. (Sehr richtig!) Wir ersuchen erst drei Stunden nach der Besetzung von Darmstadt und Frankfurt, daß Frankreich die deutschen Städte ohne Zustimmung der anderen Signatarmächte besetzt hätte. (Hört, Hört!) Ohne Berücksichtigung des Vertrags, im direkten Widerspruch zu den Zusicherungen des Schlußprotokolls vom 8. Dezember 1919, in dem es ausdrücklich heißt, daß Verletzungen des Vertrags nur nach den allgemeinen Vorschriften des Friedensvertrags und der internationalen Rechtsgrundsätze zu beheben seien.

In dem Vertrage steht keine Bestimmung, die einer einzelnen Signatarmacht das Recht gibt, auf eigene Faust einen Vormarsch auf deutsches Gebiet zu unternehmen, und in dem vornehmsten Gebotsbuch des internationalen Rechts, dem Versailles-Vertrag, heißt es ausdrücklich, daß keine selbstliche Handlung gegen ein Mitglied des Völkerbundes ohne Kenntnis des Völkerbundes gestattet ist. Müller hat von der Militärregierung Rapp geschrieben und gegen den Militarismus, der doch noch im Schoße der deutschen Regierung bis heute, gesprochen. Die Reichsregierung hat heute, vier Wochen nach dem Militärschutz,

weniger denn je die Forderung, daß eine Militärpartei gefahren zu lassen und deren Wünsche sich auszuwirken zu lassen. Sie hat der Not im Ruhrgebiet abzuhelfen gesucht und hat ihr Einschreiten auch nicht einen halben Tag früher unternommen als es der Umstand erlaubte, nicht die Arbeiterklasse zu treffen, sondern die Hyänen dieses Kampfes und die Verbrecher. Seltam im Munde der französischen Regierung klingt es, der Militärpartei unterlegen zu sein. Sie ist einzig und allein in der ganzen Welt davon nicht losgekomen. Sie allein hat gegen den Stand von 1914 eine Erhöhung ihrer Militärmacht angesetzt, hat ihre Verminderung zu betreiben, und ihre auswärtige Politik treibt sie mit einem Vormarsch und einer Okkupation durch Kolonialtruppen. Nach der Völkerbundakte liegt hier ein Verstoß gegen die elementarsten Grundsätze und eine Verletzung des ganzen Völkerbundes vor. Aber ich erhebe noch eine weitere schwere Anklage. Die militärische Vergewaltigung Deutschlands ist eine Sünde an Europa, ein Verstoß gegen das französische und das deutsche Volk.

(Sehr richtig!) Die Berücksichtigung Müller hat erinnert an seine Aussage, er wolle eine neue Ära der deutsch-französischen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiete herbeiführen. Sind etwa Gegenwärtiger die Schrittmacher dieser neuen Ära? Will Müller das deutschen Handelszentren mit stürmender Hand nehmen wie Frankfurt? Das geht gegen das Innere Gefühl der Völker. Ein gerüstetes Ruhrkohlenrevier würde für den gläubigen Frankreich mindestens so verhängnisvoll sein wie für den Schuldner Deutschland. Was soll ein Verstandnis zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit in einer Note, die die Verdrängung neuer Friedenshandlungen barum will, Friedenshandlungen, die nur dank der deutschen Friedfertigkeit undlich geschlossen sind? In solcher Stunde ist das nur ein Lippenbekenntnis, das falsch und ungläubig den Tatsachen gegenüber wirkt. Krieg oder Frieden, ein Drittes gibt es nicht. Aber der Frieden ist notwendig, wenn nicht Sieger und Besiegte von einem dritten Mächtigen besetzt werden sollen: der Anarchie. Diese Erwägung hat wohl die britische und die italienische Regierung zu ihrer Ablehnung der französischen Aktion bewogen. Wer daraus auf das Ende der Entente schließen will, der sei mir an die jüngsten Schiffsverhandlungen erinnert, wo alle Ententestaaten sich einmüßig über die vitalsten Interessen Deutschlands hinweggesetzt haben. Diese Einmüßigkeit zeigt sich auch in dem Verlangen nach der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren. Die Anterallierte Militärkommission steht in den Einwohnerwehren die Kaders zur Ermöglichung einer unzulässigen Mobilisation, und es ist bisher kein Anzeichen für ein Entgegenkommen vorhanden. Nach ihrer ganzen Entstehungsgeschichte ist die Einwohnerwehre keine militärische Formation, sondern sie hat die Aufgabe, die Gemeinden vor Plünderungen und Diebstahl zu sichern. Diese Aufgabe hatte sie besonders in Bayern zu erfüllen, wo die Mätherrschaft eine Realität war. Von Landwehren, auch von Demotraten, wird und verschert, sie könnten keine Kartoffeln mehr in die Stadt liefern, wenn die Vorkräfte nicht durch Einwohnerwehren geschützt würden. Wir werden über diese Frage erneut mit der Entente verhandeln.

Die Forderungen der Gewerkschaften waren für die Entscheidung der Regierung nicht maßgebend. Die Gewerkschaften hatten die Auflösung aller Einwohnerwehren auch gar nicht gefordert. Die vielfach aufgestellten Behauptungen von einer Nebenregierung der Gewerkschaften stützten sich hauptsächlich auf eine Auslegung der Freiheit, daß die Regierung unter einer gewissen Aufsicht des organisierten Proletariats stehe. Ich erkläre klar und deutlich, daß ich eine solche Nebenregierung ablehne, und keine Stunde länger im Amte bleibe, wenn man den Versuch zu einer solchen Nebenregierung macht. (Beifall.) Wenn sich Männer zu einer Nebenregierung aufzusammeln wollen, dann werde ich sie anfordern, die Regierung zu übernehmen. Mitregieren kann nur der, der auch die Verantwortung übernimmt. (Sehr laut!) Ich stelle fest, daß die Gewerkschaften nur den Versuch gemacht haben, mitzuregieren. Sie haben niemals Forderungen ultimativem Charakters gestellt. (Hört, Hört!) Und die acht Punkte? Der Einfluß der Gewerkschaften darf sich nur geltend machen auf dem Wege der Verfassung, und die Regierung muß in ihrer Entscheidung frei sein. (Beifall.) Ich bin Anhänger der Demokratie und denke nicht daran, den Boden der Demokratie zu verlassen. Nach dem Sturze der Radikalkräfte wird das Reich eine Demokratie sein oder sie wird es nicht sein. (Beschäftigter Beifall.) Wir wollen eine deutsche Demokratie inmitten der europäischen Demokratie bilden; aber wenn sich die Demokratie auswirkt soll, dann müssen die Voraussetzungen für einen dauernden Weltfrieden geschaffen sein.

Die letzte Tag Frankreichs ist die Befestigung des Rainganes. Frankfurt liegt nicht umsonst im Herzen Europas. Das Herz Europas ist heute getroffen. Es Frankfurt nicht frei ist, können auch die schönsten Worte von künstlicher gemeinamer Arbeit nur Worte bleiben. Die französische Regierung hat durch ihr Vorgehen in Deutschland wieder eine ungewisse Auspehlung aller nationalistischen Instinkte ausgelöst. Durch die Brutalität ihres Militarismus hat sie dem eben niederkomenden deutschen Militarismus neue Nahrung zugeführt. Es bleibt dabei: Die Chauvinisten aller Länder leisten einander die treueste Bundeshilfe. Sieht man in Frankreich diese Zusammenhänge nicht? Sieht man nicht die Gefährdung der Republik? Sieht man nicht, daß in Deutschland die Nationalisten neuen Mut fassen, daß sie am Ende sogar durch das französische Vorgehen über Wasser bekommen und unter einem neuen Völkch die Verfassung und das Reich unglücklich ins Verderben stürzen. Wir wollen nicht mitschuldig sein an solchen verhängnisvollen Erscheinungen. Wir kämpfen, solange wir dazu die Kraft haben, gegen den Feinden und gegen den einzelwilligen Chauvinismus, gegen Rapp und Troch. Wir erlauben dem Militarismus keine Rückkehr in die Regierung der Völkerverhältnisse. Wir bekennen uns mit aller Heftigkeit zur Idee des Völkerbundes, gerade in dem Augenblick, wo das Gesetz des Völkerbundes mit Füßen getreten wird. Die Militärische Aktion nördlich der Ruhr geht ihrem Ende entgegen und alle entscheidenden Truppen werden sofort außerhalb der neutralen Zone abgesetzt werden. Ueber die Verlängerung des Abkommens bis 10. August schweben Verhandlungen. Die Okkupation des Rainganes wird alsbald ihr Ende erreichen. Wir hoffen, daß sie die letzte Welle aus dem Blutmeer des Krieges war. Wir und über bleibt es bei dem Bekenntnis: Ueber von allen Kriegsanschauungen und allen Kriegsmitteln. (Beschäftigter Beifall.)

Auf Vorschlag des Präsidenten Freydenberg wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen, die Besprechung der Regierungsberklärung auf Dienstag zu verlagern. Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr. Besprechung der Regierungserklärung. Radikale, keine Vorlesen. Altmeyer.

Aus der Partei.

Schwerwiegende Differenzen in der Hamburger Parteiorganisation. In unserer Parteiorganisation in Hamburg ist es aus Anlaß der Vorkonferenz während des Rapp-Putsches zu einem bedauerlichen Konflikt zwischen der Mitteldeutschen und der Völkerverhältnisse gekommen. Die Bestimmungen sind hauptsächlich entstanden wegen der Proklamierung eines Generalstreiks zwecks Verhinderung der Entwaffnung von Arbeitern, für die unsere Völkerverhältnisse mit Ausnahme von zwei Mitgliedern sich gleichfalls ausgesprochen hatte. Dies führte dazu, daß eine Parteiverammlung ein Mitgliedern der U. S. P.-Fraktion der Hamburgischen Völkerverhältnisse das Vertrauen entzog und sie zur Niederlegung ihrer Mandate aufforderte. Das Zentralkomitee, das um Schlichtung des Streites angegangen wurde, hat seine Stellungnahme wie nachstehend präzisiert: 1. Die Entscheidung in der Streitfrage kann nicht gefällt werden von der Mitgliederversammlung eines einzelnen Ortes, sondern nur in einer Zusammenkunft von Vertretern der Partei aus allen Orten des Hamburgischen Staatsgebietes. 2. Die Frage ist behalbs den Delegierten aus den Orten des Hamburgischen Staatsgebietes zu unterbreiten, die für den Bezirkspartietag am 25. und 26. April in Hamburg gewählt werden. 3. Bis zur Entscheidung durch die Hamburger Delegierten das Parteiparteitag darf kein Mitglied der Völkerverhältnisse und kein sonstiger Funktionär der Partei aus Anlaß des Streites sein Amt niederlegen. 4. In dem Parteiparteitag wird erscheinen alle Vertreter des Zentralkomitees Genosse Dämmig. Ferner sollen ersucht werden, dem Parteiparteitag beizuwohnen als Vertreter des Bezirks Genosse Dismann, als Vertreter der Kontrollkommission Genosse Vogt. Dieser Beschluß des Zentralkomitees ist sofort in Hamburg durch die Parteipresse zur Kenntnis zu geben und alle Genossen sind verpflichtet, für seine strikte Einhaltung zu wirken. Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Grieben, Dämmig. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Heißner in Leipzig. Verantwortlich für den Ankerentwurf: Friedrich Müller, Vordorf-Politz. Druck und Verlag: Sozialer Ankerdruckerei Klinkenfeldstraße, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. April.

Parteiangelegenheiten.

Rebnervereinigung.

Heute abend, 7 Uhr, findet eine wichtige Zusammenkunft der Rebnervereinigung im Volkshaus statt.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Achtung, Genossen! Donnerstag, den 15. April, abends 7 Uhr, liegt im Restaurant Goldener Ring, Gladenstraße 4, die Liste der Einwohnerwehr zur Einzeichnung bereit.

Hausdorf. Mittwoch, den 14. April, findet abends 8 Uhr im Restaurant Albertsburg eine äußerst wichtige Funktionärstung statt. Erscheinen aller neugewählten Funktionäre ist Pflicht.

Das lokalpatriotische Wirtschaftsministerium.

Das sächsische Wirtschaftsministerium hat seinen Sitz in Dresden, die Beamten des Ministeriums sind Dresdner Einwohner, kein Wunder, daß die Herrschaften zu Lokalpatriotischen Extratouren neigen. Aus dieser Neigung ist es wohl nur zu erklären, wenn die Dresdner Einwohner vom sächsischen Wirtschaftsministerium besser mit Lebensmitteln versorgt werden, wie die Leipziger Bevölkerung. Schon im November 1919 hatte das Leipziger Ernährungsamt beim Landeslebensmittelamt Einspruch dagegen erhoben, daß der Stadt Leipzig für jeden Einwohner viel weniger Auslandsfleisch und amerikanisches Weizenmehl zur Verteilung zugeteilt worden war wie der Stadt Dresden. Bis zum 15. Oktober 1919 kamen die Leipziger Einwohner 500 Gramm Auslandsmehl weniger wie die Dresdner. Der Einspruch des Leipziger Ernährungsamts hatte aber nicht nur keinen Erfolg, sondern die Bevorzugung der Stadt Dresden durch das Landeslebensmittelamt ging ungebrochen weiter; bis zum Ende des Jahres 1919 hatten die Dresdner schon 750 Gramm Mehl mehr bekommen. Doch auch damit war die ungleiche Verteilung noch nicht abgeschlossen. 1920 wurden Leipzig bisher nur 250 Gramm des minderwertigen Zerealienmehls zugewiesen, während Dresden wiederum 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl verteilen konnte. Die Bewohnerschaft Leipzigs soll also nicht nur mit geringeren Mengen, sondern auch mit minderwertigem Zeug zufrieden sein. Wahrscheinlich sagen sich die Beamten des Wirtschaftsministeriums, was uns nicht schmeckt, ist für die Leipziger gerade noch gut genug. Vom Wirtschaftsminister muß mit Nachdruck verlangt werden, daß er endlich diesen skandalösen Zuständen ein Ende macht. Wenn seine Beamten nicht einmal soviel Verstand haben, daß sie die paar Hund auswärtsiges Mehl und Fleisch gleichmäßig verteilen können, dann soll er einen Befehl nehmen und unter den Dresdner Lokalpatrioten einmal gründlich Rehraus halten. Jedenfalls verlangt die Leipziger Arbeiterchaft bei der ohnehin geringen Zuweisung von Lebensmitteln nicht schlechter versorgt zu werden wie die Herren in Dresden, die offenbar zuerst an sich denken.

Der „Gesundungsprozeß“ der Demokraten.

Die Hauptversammlung der Demokratischen Partei Leipzigs tagte am Montag im Zentraltheater. Sie legte Zeugnis ab von dem Zerfall dieser kapitalistischen Partei. Sie umfaßt Schichten der Bevölkerung, die sich hauptsächlich zusammensetzen aus Handels- und Industriekapitalisten, Bauern, Beamten, Angestellten. In der letzten Zeit sind zahlreiche Kapitalisten und auch Bauern nach rechts gegangen, weil nach ihrer Meinung die „Demokraten“ schon zuviel Zugeständnisse nach links gemacht hätten. Und viele Angestellte und Beamte sind mit der Demokratischen Partei unzufrieden, weil sie ihre Interessen als Konsumenten und Gesundheitskämpfer nicht genügend gewahrt hätten. Diese „Mittelpartei“ steht vor der Zerreißung zwischen rechts und links. Wenn sie immer noch einigen Einfluß besitzt, so hat sie das vor allem ihrer Presse zu verdanken, die weit verbreitet ist. Während Parteien, die Vertrauen bei den Massen besitzen, gerade im letzten Jahre an Mitgliederzahl bedeutend zugenommen haben (die U. S. P. in Leipzig hat 22 000 Mitglieder gewonnen), haben die „Demokraten“ in Leipzig Mitglieder verloren, was Generalsekretär Ehrlich in der gestrigen Versammlung einräumen mußte. Er dachte aber nicht daran, das als bedauerlich zu bezeichnen und den Bankrott seiner Partei einzugehen, sondern er beschwerte den Rückgang der Partei „im großen und ganzen als einen — Gesundungsprozeß“. Man sieht, wie die Herren sich zu trösten wissen. Wir wollen hoffen und auch dazu beitragen, daß dieser „Gesundungsprozeß“ weitere Fort-

schritte macht. Die Angestellten und Beamten, die bisher dieser Partei des Kapitalismus angehört haben, müssen erkennen, daß sie aus dem Land nur herauskommen, wenn sie dieser Partei den Rücken kehren, sie scharf bekämpfen und für den Sozialismus eintreten. Wer vom Kapitalismus ausgebeutet und unterdrückt wird, darf ihm nicht noch dazu die Waffen liefern. Das gilt auch für alle diejenigen Proletarier, die immer noch Leser der kapitalistischen Presse sind.

Zur Reichspolizei nahm in der Versammlung Abg. Dr. Hüppel Stellung. Er rügte ab von der Regierung, die zum Generalstreik aufgerufen hatte und feierte nicht etwa die Arbeiter, sondern die „Demokraten“, also die Kapitalisten denen es nach seiner Meinung am meisten zu verdanken war, daß man wieder zur Ruhe gekommen sei. Die „Ruhe“ ist bekanntlich noch nicht eingetreten, noch ist die Reaktion bewaffnet und gerüstet, und sie denkt nicht daran, so ohne weiteres den Rückzug anzutreten. Und das kapitalistische Bürgertum ist gleichfalls dafür, daß Zeitfreiwillige und Reichswehr nicht entwaffnet werden, weil sie in ihnen einen Schutz ihrer Ausbeuterinteressen erblickt. Der Redner gab dann zu verstehen, daß eine Anzahl Kapitalisten deshalb nach rechts gegangen seien, weil einige „Beskyttern“ geschaffen sind. Die Herrschaften wollen nicht zahlen, sondern wie früher alles auf die Arbeiter wälzen. Und Herr Dr. Hüppel will ihnen entgegenkommen. So sagte er, auch die Seele des Bürgers habe ein Recht darauf, verstanden zu werden. Bis jetzt habe man nur die Wünsche des Arbeiters erfüllt!

Also hört Ihr's, Arbeiter! Ihr seid nach der Meinung dieses „Demokraten“ abgefunden. Ihr habt auf nichts mehr zu hoffen. Jetzt kommt das kapitalistische Bürgertum heran. Dessen Wünsche sollen erfüllt werden. In diesem Sinne wollen die „Demokraten“ ihre Politik treiben. Ein Marx ist derjenige Beschützer, der dieser Kapitalistenpartei auch jetzt noch Gefolgschaft leistet. Daß Herr Hüppel auch mit besonderem Eifer für die „Grundzüge der Demokratie“ eintrat, versteht sich von selbst. In Wirklichkeit ist diese „Demokratie“ weiter nichts als die kapitalistische Diktatur.

Abg. Dr. Barge sprach über die politische Situation in Sachsen. Er teilte mit, daß die Demokraten die Fiktion gelockt hätten mit dem besonnenen Ziel der Arbeiterchaft. Sie hätten sich dem Anführen Dr. Gradnawers, in die Regierung einzutreten, nicht entziehen können. Sie hätten in der Zusammenarbeit keine allzu schlechten Erfahrungen gemacht. Es hätte sich im großen und ganzen ein reibungsloses Zusammenarbeiten ergeben. Mit auf den Einfluß der Demokraten sei es zurückzuführen, daß Sachsen von gefährlichen Sozialisierungsexperimenten verschont geblieben sei. Für die sachlichen Maßnahmen in den Fragen der Landwirtschaft hätten die Sozialdemokraten ein williges Gehör gehabt. Da haben wir das Fiasko der Kompromißpolitik mit den Kapitalisten für die Arbeiterklasse. Aus diesen Ausführungen geht deutlich hervor, daß dabei die Arbeiter die Geheben und die Kapitalisten die Nehmen sind. Soll wirklich das Interesse des Proletariats gewahrt werden, so muß mit dieser Politik, bei der die Unternehmerinteressen so gut wegkommen, Schluss gemacht werden.

Der Redner versicherte, daß die Demokraten gern den alten Kurs beibehalten möchten, aber eine Kombination Demokraten, S. P. D. und U. S. V. sei unmöglich. Die Mehrheitssozialdemokratie werde sich hier für ein Entweder-Oder entscheiden müssen, und die Kombination der Mehrheitssozialdemokraten werde sich entsprechend einstellen müssen. Der Redner erntete an dieser Stelle starken Beifall. Die Mehrheitssozialisten wollen also, was sie sind. Die Kombination „Demokraten“, S. P. D. und U. S. V. ist schon deshalb unmöglich, weil unsere Partei unter keinen Umständen mit den Kapitalisten zusammengeht. Herr Dr. Barge verkümmerte nicht den Zeitfreiwilligen Dank für ihre Leistungen für den Kapitalismus zu spenden. Die Einwohnerwehr dürfe nicht eine reine Arbeiterwehr werden.

Der Rat rügt die städtischen Beamten.

Den städtischen Beamten ist durch einen Umlauf vom Oberbürgermeister folgende Rüge erteilt worden:

In den schweren Tagen vom 15. bis 20. März 1920 ist es bedauerlicherweise zu beobachten gewesen, daß viele Beamte und Angestellte ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Während ganze Beamtengruppen, zum Teil unter persönlicher Gefahr, ihren Dienst wie immer verrichtet haben, haben es eine ganze Anzahl von Beamten und Angestellten, obwohl die städtische Verwaltung selbstverständlich als ein lebenswichtiger Betrieb anzusehen ist, entweder überhaupt nicht für nötig gehalten, an ihrer Arbeitsstätte zu erscheinen oder sie haben das Rathaus nach kurzer Zeit wieder verlassen, ohne eine entsprechende Genehmigung des Rates dazu einzuholen, teilweise sogar gegen den ausdrücklichen Befehl des Rates, die Arbeit fortzuführen, teilweise haben auch Betriebsausgänge in vollständiger Verkennung ihrer Zuständigkeit beschloffen, den Betrieb zu schließen.

Der Rat spricht allen diesen Beamten und Angestellten, die ihre Pflicht so gröblich verletzt haben, seine schärfste Mißbilligung aus.

Ein Teil der Beamten hat die Arbeit im Laufe der Kampfwoche eingestellt, weil durch das wilde Treiben der Zeitfreiwilligen

bei der Ausübung ihrer Berufspflicht ihr Leben gefährdet wurde. Die Rüge des Oberbürgermeisters mißte sich also gegen seine Schöpfung richten.

Wozu diese Vorbereitungen?

Zu diesem Thema schreibt uns ein Genosse: Am Sonnabend Nachmittag zwischen 8 und 4 Uhr gingen wir über den Rathhäufkirchhof und sahen, wie 3 oder 4 Zeitfreiwillige oder Reichswehrsoldaten auf dem Dach des großen, erst vor ein paar Jahren erbauten, mit seiner Hauptfront nach dem Dittichring und dem Fleischerschlag (gegenüber dem Feuerwehrtdepot) gelegenen Gebäudes beschäftigt waren, Leitungsdrahte von unten nach dem Dach zu legen, und zwar hinter die nach dem Hotel Müller zu gelegenen Schornsteine. Zu welchen Zwecken legt man diese Leitungen? Vielleicht will man dort oben beim nächsten Pulsch Maschinengewehr in Stellung bringen und den Bedienungsmannschaften auf diese Weise telephonische Verständigung mit irgendwelcher Befehlsstelle verschaffen. Soviel ich am Mittwoch voriger Woche sah, sind in jenem Gebäude (nach dem Rathhäufkirchhof) ein größeres Aufgebot von Zeitfreiwilligen oder Roskoben, denn es standen auch zwei Posten. Letztere sah ich aber am Sonnabend Nachmittag nicht mehr stehen, möglich, daß man die Posten eingezogen hat, damit sie nicht auffallen!

Die Vorbereitungen zeigen deutlich, was das Militär plant.

Vom Kreisaußschuß Leipzig.

Der Kreisaußschuß zu Leipzig hielt am Freitag unter dem Vorsitz des Kreisaußschußsmanne Lange eine Sitzung ab. Zustimmung fanden ein Nachtrag der Gemeindezeitung, wozu für das erste Halbjahr 1920 nachträglich 82 Prozent der vorjährigen Gemeindevotantenkommissionen erhoben werden sollen, ein gleicher Nachtrag für Pega mit 50 Prozent der vorjährigen Gemeindevotantenkommissionen, für Rochitz mit 84 Prozent, für Perra mit 50 Prozent, für Roschwitz mit 45 Prozent, für Colbitz mit 60 Prozent, für Geringswalbe mit 50 Prozent, für Waldheim mit 25 Prozent, für Salzen mit 68½ Prozent und für Darscha mit 40 Prozent. Die letztgenannte Gemeinde will außerdem von der Steuerklasse 20 an aufwärts die Steuerpflichtigen mit einem Beitrag von 20 Prozent zur Deckung der Ausgaben für die ehemalige Beschaffungshilfe heranziehen. Da keine Aussicht besteht, daß das Ministerium einen solchen Beschluß genehmigt, wurde dieser Teil des Nachtrags vom Kreisaußschuß nicht beschlossene. Die Stadtzeitung plant die Erhebung eines Aufschlags von 2 Prozent zur Grunderwerbsteuer, womit sich der Kreisaußschuß einverstanden erklärte. Beschlüsse wurden hierauf der Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Großsch wegen nachträglicher Erhebung von 20 bis 70 Prozent Steuern, je nach der Höhe der Steuerklasse. Die von der Stadt Ostsch geplante Einführung eines fünften Steuertermins, durch den 20 Prozent der vorjährigen Gemeindesteuer erhoben werden sollen, wurde genehmigt. Der Nachtrag der Stadtgemeinde Grima wegen Erhöhung der Schankgewerbesteuer um 100 Prozent fand gegen zwei Stimmen Genehmigung. Die Geh. Regierungsrat Frhr. v. Der ausführte, werden in nächster Zeit noch viele ähnliche Nachträge folgen, da mit dem Inkrafttreten der Reichssteuer auch andere Gemeinden genötigt sind, nach Steuern zu suchen.

Der Einspruch der Stadtgemeinde Markranstädt gegen ihre Heranziehung zur Deckung der Kosten für das Miteinigungsamt des Bezirksverbandes Leipzig-Land verursachte eine längere Aussprache. Schließlich wurde beschlossen, daß Markranstädt nicht zur Deckung der Kosten heranzuziehen ist. Dagegen wurde der Einspruch gegen die Wahl von 6 unbesoldeten Stadträten in Roschwitz verworfen und die Wahl bestätigt. Genehmigung fand alsdann die Aufnahme eines Darlehens des Stadtratszeitung bei der Sparkasse in Merchau in Höhe von 200 000 Mark. Diese Art Kreditanstalten sollen in Zukunft gebilligt werden, wenn die betreffenden Sparkassen liquid bleiben. Der Aufnahme eines Darlehens der Stadt Geringswalbe bei der Stadtgemeinde Landau wurde unter der Bedingung zugestimmt, daß die Tilgungsrate von 1½ Prozent auf 2½ Prozent erhöht wird. Die Aufnahme einer Anleihe von 2 Millionen Mark des Ferngasverbandes Reinsig wurde als unbedenklich bezeichnet. Beschlüsse wurden hierauf die Wahl des Bürgermeisters Dr. Lange in Dorna zum stellvertretenden Bürgermeister in Colbitz. Zum Schluß nahm der Kreisaußschuß Kenntnis von einer Anzahl Geladenen um Gewährung von Zuschüssen von Notstandsarbeiten. — Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Verstärkung des Zoologischen Gartens. Die Generalversammlung der Aktionäre des Zoologischen Gartens stimmte dem Entwurf des zwischen der Stadt und der Aktiengesellschaft abgeschlossenen Vertrages zu, so daß der Zoo nunmehr städtisches Eigentum geworden ist.

Die neuen Bierpreise. Die Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte Leipzigs hat beschlossen: In sämtlichen Schankwirtschafts- und Kantinebetrieben ist vom Sonntag, dem 11. April 1920, ab für

Kleine Chronik.

Altes Theater (Königin Christine). Wenn man doch würde, nach was für Gesichtspunkten die Leitung dieser Bühne ihre Stücke auswählt! Ich habe immer den Verdacht, es sei ihr Bestreben, draßlich zu erweisen, wie minderwertig die Literatur am Ausgang des bürgerlichen Zeitalters geworden ist. Anders als mit dieser Wahnhaft läßt sich das systematische Einstudieren von verunglückten Trauers-, Schau- und Lustspielen schwerlich erklären. Wenn nun diese Einstudierungen wenigstens noch volle Häuser machten! Statt dessen gähnen die bekannten Vögel.

Strindberg ist, besonders auch im Kriege, Mode geworden. Mode sein ist ja nichts Aufwärtiges. Als unter der Einwirkung des heroischen Kampfes der Arbeiterklasse um die achtziger Jahre herum der Idealismus der Kleinbürgerlichen Intelligenz noch einmal auflebte, wurde auch Jöns Robe. Seine Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und seine verteilte humane Ethik boten ein wertvolles Gegengewicht gegen die allmählich sich ausbreitende Wagnerische Religion des eingeklinkten Schwanzes. Aber sehr bald hatte Jöns abgewirft, und Wagner's Pessimismus gewann, aus oft schon dargelegten Gründen, das Feld. Wenn er nur nicht Hand in Hand gegangen wäre mit der trübseligen Weiberverehrung, die der Einschlingung des Weibes in der bürgerlichen Gesellschaft letzten Endes war in der Tat entspricht, weil sie nämlich im Grunde auf eine Verdrängung des Weibes hinausläuft, — die aber doch, zunächst und so obenhin betrachtet, angeht die wirklichen Verhältnisse starke Befehle erzeugen mußte! Da sprang denn Strindberg in die Bresche. Er übernahm die von Wagner im Individualismus, in der Mystik, im Pessimismus, in der Lebensverneinung, und er überwanderte ihn anderwärts auch damit, daß er dem Frauenkult zu Leibe ging. Jenes Auflebenssymptom der bürgerlichen Gesellschaft, als das sich, und der Verfall der Ehe darstellte, fand in Strindberg seinen dramatischen Spezialisten. Nun ist es für ein historisch-materialistisches Herz ein leichtes ein Vergnügen, folgendes zu sehen. Jöns ist erledigt, überholt höchsten ältere Schauspieler, die bei ihm Paraderollen haben, bringen ihn noch bei Gastspielen zu Ehren. Im übrigen ist Strindberg an seine Stelle getreten. Und was begibt sich nun? Ganz naiv hat man selbst wohlwärtigere Leute, die sonst nicht ohne Urteil sind, auf künstlerisch den Strindberg weit über Jöns stellen. So sehr hat das „Interesse“, wie Kant sagt, Macht über die Gemüter auch in Hinsicht auf das „Schöne“, auf das Ästhetische Urteil. Strindberg, der kaum

einen Akt ohne brutale Zufallsdekret, ohne Kinetik, ohne Rhythmus, ohne dramatischen Oekonomie gestellt. Jöns gilt als Rechner, ja als Rechner, als Konstrukteur, als Techniker, während Strindberg als der wahre geniale Künstler mit den großen Eingebungen hingestellt wird. Es handelt sich um denselben Irrtum, aus dem heraus der Webedind-Kultus entstanden ist. Auch bei ihm machte man aus der oft kläglichsten Not der dramatischen und psychologischen Willkür eine angeblich dichterische Zusage, wobei eben, soweit es sich um den späteren Webedind handelt, ganz besonders dieselbe Vorliebe für mystische Versuchswahrscheinlichkeit mit sprach, aus der heraus man auch, neben der künstlerischen Form, den inneren Gehalt Strindberg'scher Werke mit Begeisterung aufnahm.

Auch wenn Strindberg historisch kommt, wie im Drama von der Königin Christine, interessiert ihn vorwiegend das Anekdotisch-Psychologische. Eine Messalina im 17. Jahrhundert auf dem schwebelichen Königsthron, das war doch eine herrliche Gelegenheit, nicht nur das Unheil zu zeigen, dem Gatte und Familie durch ein gefährliches Weibchen ausgeht sind, sondern das viel umfassendere Unheil, das über Volk und Staat gebracht wird. Das heißt man Geschichte treiben nach dem Motto der Kolportage-Historiker: Sucht hinter allem das Weib! Es ist ja der Kummer der Tugendkinder unserer Zeit, daß bei den revolutionären Bewegungen die Frau als Geschlechtsobjekt keine Rolle spielt. Da hilft man sich denn, indem man wenigstens den spartanischen Hauptquartieren ein bißchen Orgie und ihren Führern mindestens die Syphilis andichtet. Der Teufel hole alle interessanten Verichte, wenn nichts Pfantes drinsteht! Wenn Kola Luxemburg, statt bloß ein genialer Geist in einer physischen Mithgeburt, eine Schönheit gewesen wäre, dann hätte man sie wenigstens mit abenteuerlichen Ausschweifungen in Verbindung bringen können. Strindberg, der fast zur Kolportage neigte, kümmerete sich denn auch bei der Christine verdammt wenig um das Staatsmännliche; er sah in ihr nur das Weib, ja das Weibchen. Aber er trieb es obenbrein so wie der ältere Webedind, der seine Frau später moralisierend umbelehrt, und ließ die Messalina schließlich durch die berühmte große Liebe sich zur sentimentalischen Hysterin bekennen. Tatsächlich ist so ein Strindberg-Stück auch darin gewissen Webedind-Stücken gleich (beide Dichter stufen früher viel Strafferes), daß in sehr schuldiger Weise Personen und Epochen hineingezerrt und Wendungen geäußert werden, die gar nicht in den Rahmen des Dramas passen oder gänzlich überflüssig sind, und ferner darin, daß beiden Dichtern in den gleichen Perioden ihres Lebens jener satirische

Mumor ausging, der auf der Höhe ihres Schaffens für sie charakteristisch war und ihre Größe ausmachte, wie denn die von ihnen behandelten Vorwürfe eine bloß pathetische oder sentimentale Behandlung durchaus nicht vertrugen.

Den Sprüngen der Strindberg'schen Psychologie war Kronach's Regie bei aller Sorgfalt nicht gewachsen, und so waren auch die sonderbar Leistungen der bel Savio als Christine, Walter als Ogenherna, Zeise-Göt als Toti, Schindler als de la Grotte, Körner als Carl Gustav usw. ohne tiefere Interesse. Wenn man schon keine vollen Häuser erzielt, sollte man doch lieber die Klaffen pflegen. Mindestens Wallenstein und Faust, die seit Ewigkeiten nicht gespielt worden sind, gehören doch zur selbstverständlichen Pflicht eines städtischen Theaters. Rudolf Franz.

Museum für Völkerkunde. Die am Sonnabend beendete Vortragreihe von Dr. Ed. Erkes über die Entwicklung der ersten Kultur hat die Erwartungen erfüllt, die wir an den ersten Vortrag knüpften. Bei allen Fragen, die Dr. Erkes behandelte, wies er als letzte Ursache die wirtschaftlichen Zustände auf, unter denen die Menschen jenseits lebten. Wie dies im ersten Vortrag für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geschah, so in den weiteren Vorträgen für das Entstehen und das folgende Werden der Religion, der Sprache und Schrift und der Kunst. Auch das erste Kapitel der Arbeit in der Entwicklung der geistigen Kultur hervorhob, insbesondere den Anteil der Arbeit bei der Entwicklung der Sprache, verdient unterstrichen zu werden gegenüber den noch immer grassierenden Verhungen, die geistige Kultur des Menschen als ein reines Produkt „feilscher Kräfte“ hinzustellen. Wenn darum Dr. Erkes seine Vortragreihe schloß: Die Entwicklung der geistigen Kultur ist keine Folge von Zufällen, sondern ein organischer, gesetzmäßiger Prozeß als Folge fortschreitender ökonomischer Veränderungen, so ist das durchaus historisch-materialistisch gedacht. Und es ist leider auch in Arbeiterkreisen noch nicht voll erkannte Tatsache, daß, wie Dr. Erkes bemerkte, die Beschäftigung mit diesen Fragen der kulturellen Entwicklung nicht nur akademische, sondern eine hervorragende praktische Bedeutung hat. Die Völkerkunde ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesellschaftswissenschaften, der uns in ganz besonderer Weise bezeugt, daß alles nur vorübergehendes, nur relatives Wert habe. An Stelle der Tradition müssen wir die wissenschaftliche Erkenntnis setzen.

Ob freilich das zum guten Teil bürgerliche Publikum den Schlußappell verstanden haben wird,

Strohachser-Windhof. Aus dem Gemeinderat. Die Rassen wurden von dem Verbandsdirektor kontrolliert; Beanstandungen sind nicht zu verzeichnen. — Zum Gemeinderat in Dresden wurden der Gemeindevorstand und Genosse Demhardt beigestellt. — Der Nachtrag zur Steuerordnung für das 1. Quartal 1920 wurde in erster Lesung angenommen. Die Amtshauptmannschaft kündigt eine weitere Preissteigerung für Fleisch ab 1. April an. Der in der Bevölkerung Unmut auslösende Unterschied der Preise zwischen Geflügel-, Fleisch und Fleischfleisch soll durch Übernahme auf die Bezirkskasse ausgeglichen werden. — Für erholungsbedürftige Kinder sind vom Wohlfahrtsamt 45 Plätze belegt worden; Bedingung ist, daß die Eltern 40 Mk. zu den Kosten beitragen. — Die Wahl der Disziplinar-Präsidenten, Michaelis und Stein zur Besetzung der drei neuangelegten Lehrstellen wurde bestätigt. Ein gemischter Ausschuss für die Lebensmittelabteilung wurde gebildet. In den Gemeinderat nachträglich eingetretene Mitglieder wurden in verschiedene Kommissionen eingeteilt. — Die Stundensätze für die Feuerwehr bei Bränden und Feuerwachen betragen künftig 3 und 5 Mk. — Auf Vorschlag des Finanzausschusses wurden die Rechnungen auf das Jahr 1918 richtiggestellt. Hierbei wurde das behördliche Verordnungsverfahren für die Rechnungswesen wiederum eingehend kritisiert. Wenn auch auf Grund der vorjährigen Ansprache einigen Abgeholfen worden ist, so mußte jetzt wieder hervorgehoben werden, daß man sich immer noch nicht an Maßhaltbarkeiten und Kapitalrechnungen auf den Rechnungen gewöhnen kann. Ein Vermögenswert an Inventar ist diesmal wohl eingestuft, doch fehlt noch jede Uebersicht über diese Inventar. — Von den neuen Stundensätzen der Gemeindevorstände wurde Kenntnis genommen und die Beschaffung der Streikklage bewilligt. — Die Unklarheit der künftigen Steuerordnung und die Ungewissheit über die Wirkung der neuen Reichssteuerordnung auf die Gemeinde zwang zur Zurückstellung der durch aus notwendigen Uebernahme der Begründungskosten auf die Gemeinde. Jedoch sollen alle Vorarbeiten hierzu getroffen und das Ortsgesetz vorbereitet werden. — Wie ein roter Faden ziehen sich fast durch alle Sitzungen die Wünsche der Vegerischen Wirtschaft. Herr Veger, der Führer des Mittelstandes, ist ein echter Vertreter des einstimmigen Agrarierturns. Er versteht es, sich über die Kosten Verordnungen hinwegzusetzen. Während alle anderen Mitbewerber nur den Kleinhändlerpreis von 1.25 Mk. nehmen dürfen, verlangt Herr Veger trotz Eingreifen der Amtshauptmannschaft 1.84 Mk. Die sogenannte Patentkassette ist unter seiner Postzeit zur Ruine geworden. Er weigert sich aber, die Schäden auch nur halbwegs zu ersetzen. Verhandlungen mit hiesigen Helfern wegen künftiger Ueberlassung von Wissenschaftlichen zur Anlage eines Spiel-, Sport- und Volksparkes scheiterten an den zu hohen Forderungen; deshalb sollen die Wasserwerkstätten, wenn möglich, zu Spielwäldern noch dieses

den die bis dahin in Privatbesitz befindlichen Eisenbahnen in Staatsbetrieb übernommen. Nach langen Kämpfen, in denen es sich darum handelte, den Staatsbetrieb beizubehalten, hat die Regierung jetzt die Bahnen wieder den Privatgesellschaften übergeben. Dadurch sind auch die Eisenbahner wieder der kapitalistischen Willkür der Privatgesellschaften ausgeliefert. Waren sie auch in der kurzen Zeit des Staatsbetriebes keineswegs aller wirtschaftlichen Not entzückt, so war es doch möglich, mit Hilfe des vor aller Öffentlichkeit verhandelnden Parlaments Regierungen zu treffen, die für die Eisenbahner einen Fortschritt bedeuteten. Sie verlangten für den Fall der Zurückführung der Eisenbahnbetriebe in die Verfügung der Privatgesellschaften nicht unerhebliche Lohnerhöhungen. Die Regierung ließ sich aber nur dazu herbei, Schiedsgerichte einzusetzen. So drohte schon seit geraumer Zeit die Gefahr eines riesenhaften Eisenbahnerstreiks. Jetzt ist er mit elementarer Wucht ausgebrochen.

Welche Resultate der Riesenkampf zeitigen wird, läßt sich noch nicht erkennen. Jedoch darf als sicher angenommen werden, daß auch er ganz wesentlich dazu beitragen wird, die sozialistische Bewegung in Amerika zu stärken. Er wird weiten Kreisen des Proletariats die Erkenntnis bringen, daß es sich politisch betätigen muß, wenn es seine Interessen gewahrt wissen will, und zwar betätigen muß im sozialistischen Sinne.

vom Schlichtungsausschuss gefällte Schiedsspruch (ab 23. Januar ein Zuschlag von 25 Proz. für Kürschner, 35 Proz. für Arbeiterinnen und 15 Proz. für Akkordeurarbeiten auf die bestehenden Löhne von 2.25 Mk. bis 2.75 Mk. für Kürschner und von 88 Pf. bis 1.25 Mk. für Arbeiterinnen) ist von beiden Unternehmerverbänden nicht anerkannt und so auch vom Demobilisationskommissar nicht als verbindlich erklärt worden. Die Unternehmer erklären, rückwirkend keine Lohnerhöhungen zahlen zu können, weil ein Beschluß des Zentralarbeitsgeberverbandes sie daran hindere. Die Zwischenmeister, bei denen ausschließlich auf Streik gearbeitet wird, hatten überhaupt für ihre Arbeiter nichts übrig. Am 15. Februar kündigten wir den abgeschlossenen Arbeitsvertrag; vielleicht nicht zur rechten Zeit, doch legten die Unternehmer wenig Gewicht darauf. Aus „Entgegenkommen“, vielleicht auch aus der Einsicht, daß bei den jetzigen Löhnen niemand leben kann, zahlten die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes ab 5. März, ohne mit uns darüber beraten zu haben, für Kürschner 3 Mk. bis 3.60 Mk., für Arbeiterinnen 1.50 Mk. bis 1.85 Mk. Stundenlohn. Die Zwischenmeister hängten uns einen erhöhten Stundtarif an die Wand.

Dieses Gebaren kann sich aber die Arbeiterschaft nicht gefallen lassen, und so stellte sie den Unternehmern ein Ultimatum, auf Grund des eingereichten Vertrages in Verhandlungen einzutreten, andernfalls würde am Montag, dem 12. April, in den Streik getreten. Die Herren erklärten sich zu Verhandlungen bereit, doch waren die unverbindlichen Zugeständnisse so gering, daß sie für die Arbeiterschaft unannehmbar sind.

Die Hauptforderung: Befreiung der Akkordeurarbeit, wurde strikte abgewiesen und dadurch weitere Verhandlungen unmöglich gemacht. Außer der Akkordeurarbeit mußten die Herren geregt, und die Lehrlingsfrage muß ein Teil des Tarifs werden, um die bestehende Ausbeutung der Lehrlinge durch die unorganisierten Unternehmer zu beenden.

Die Öffentlichkeit wird die Berechtigung der Forderungen anerkennen, handelt es sich doch um ein Luxusgewerbe, dessen Produkte zumest mit Riesengewinnen nach dem Ausland verschoben werden. Auch die Herren Zwischenmeister sind dabei finanziell recht gesund geworden, nur für die Lage der Arbeiter wird kein Verständnis aufgebracht.

Deutscher Kürschnerverband, Filiale Leipzig.

Gewerkschaftsbewegung.
Eisenbahnerstreik in Nordamerika.
Eine Million Eisenbahner im Streik.
Einem über Haag nach hier gelangten Telegramm zufolge befinden sich in Amerika gegenwärtig bereits eine Million Eisenbahner im Ausstande. Der Streik ist zwar auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen, hat aber, wie jeder große Streik, auch gewaltige politische Wirkungen. Als Amerika in den Krieg gegen Deutschland eintrat, wurden die bis dahin in Privatbesitz befindlichen Eisenbahnen in Staatsbetrieb übernommen. Nach langen Kämpfen, in denen es sich darum handelte, den Staatsbetrieb beizubehalten, hat die Regierung jetzt die Bahnen wieder den Privatgesellschaften übergeben. Dadurch sind auch die Eisenbahner wieder der kapitalistischen Willkür der Privatgesellschaften ausgeliefert. Waren sie auch in der kurzen Zeit des Staatsbetriebes keineswegs aller wirtschaftlichen Not entzückt, so war es doch möglich, mit Hilfe des vor aller Öffentlichkeit verhandelnden Parlaments Regierungen zu treffen, die für die Eisenbahner einen Fortschritt bedeuteten. Sie verlangten für den Fall der Zurückführung der Eisenbahnbetriebe in die Verfügung der Privatgesellschaften nicht unerhebliche Lohnerhöhungen. Die Regierung ließ sich aber nur dazu herbei, Schiedsgerichte einzusetzen. So drohte schon seit geraumer Zeit die Gefahr eines riesenhaften Eisenbahnerstreiks. Jetzt ist er mit elementarer Wucht ausgebrochen.

Neunorf, 10. April. (Reuter.) Der Streik der Weichensteller dehnt sich aus. Die Angestellten der Hudson-Untergrundbahn und der Long Island-Bahn haben sich angeschlossen und damit den New Yorker Vorortverkehr lahmgelegt. Die City ist von ernstem Lebensmittelmangel bedroht.

Die Fristen des Betriebsrätegesetzes.
Aus Arbeiterkreisen ist, wie der Gewerkschaftliche Nachrichten dienst mittelst, an das Reichsarbeitsministerium die Anfrage gelangt, wie es mit Rücksicht auf die Ergebnisse der letzten Wahlen bezüglich der Innehaltung der für die Betriebsräte wahlen gesetzlich vorgesehenen Fristen steht. Vielfach ist die Innehaltung von Vorschlagsfristen, für die Stimmabgabe usw. nicht möglich gewesen.

Soweit die Einsetzung der Wahlen noch nicht erfolgt ist, kann und soll sie nunmehr unverzüglich erfolgen. Die in der Wahlordnung vorgesehenen Fristen für die Einreichung der Vorschlagslisten usw. sind nur Mindestfristen. Soweit sie nicht innegehalten werden konnten, wird es Sache der Wahlvorkände sein, für eine angemessene Verlängerung, gegebenenfalls Erneuerung der Fristen Sorge zu tragen.

Briefkasten der Redaktion.
J. D. Machen Sie zunächst, wenn Sie die Käter nicht persönlich kennen, Ihren Anspruch bei dem Truppenteil geltend. Zur Durchführung einer Klage halten wir den Bestand eines Rechtsanwaltes für notwendig.
D. Sch. 11. 1. Ja. 2. Soweit Bedürftigkeit vorliegt, hat der Vater für den Unterhalt minderjähriger Kinder aufzukommen. — 2 Mk. für die Parteilasse.
H. K. G. Wenn nichts anderes vereinbart ist und die Verkaufer auf ihren Wunsch erfolgte, so hatten Sie von dem Zeitpunkt an, da der Verkäufer die Ware der Postanstalt übergeben hat, 14 Tagen 12h. Sie können entweder Mängelrüge machen oder Rückgabe des Preises oder — wenn der Mangel arglistig verschwiegen wurde — Schadensersatz verlangen. — 50 Pf. für die Parteilasse.
W. G. wenden Sie sich an das Bezirkskommando.
D. H. G. Ja, diese Geschenke können zurückverlangt werden. — 1 Mk. für die Parteilasse.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.
Mit-Leipzig, Bezirk Norden. Donnerstag, den 15. April, abends 7 Uhr. **Öffentliche Versammlung** im Eldorado, Pfaffenburger Straße. Tagesordnung: 1. Die Lehren der letzten Kämpfe. Referent: Genosse Alb. Ploche, Leipzig. 2. Parteiangelegenheiten. Pflicht der Genossen ist, für harten Bekämpfungsbuch zu agitieren. Die Beisitzervertreter.
S.-Dt. Mittwoch, den 14. April 1920, abends 7 Uhr. **Jahres-Generalversammlung** in Kahlers Hofstätte. Tagesordnung: 1. Berichte des Vorsitzenden, des Kassierers, der Revisoren und der Kommissionen. 2. Neuwahlen. 3. Wahl eines örtlichen Wahlkomitees. 4. Berichtigungsangelegenheiten. In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch der Besetzer.
Die allgemeine Diskussionsabende des Ortsvereins finden von jetzt ab regelmäßig Montags statt. Die Frauen-Diskussionsabende aller 14 Tagen Donnerstags, also der nächste am 22. April. Beide abends 7/8 Uhr in der Silberpappel.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Leipzig
Direkt im Volkshaus, Heller Str. 11, 2. u. 3. Stockwerk, Wilmannsstraße 24, Tel. 11. 0-12 und 11. 0-13.
Büroangestellte 9-12 Uhr vorm., 4-6 Uhr nachm., Sonnabends durchgeh., 9-12 Uhr, Teleph. 5077.
Mittwoch, den 14. April, abends 5 Uhr, im Volkshaus, Nebenlokal rechts. **Branchen-Versammlung der Arbeiter und Zusammensetzer.** Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Die Branchenleitung.
Freitag, den 16. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Branchen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichskonferenz. 2. Gewerkschaftliches. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. Die Branchenleitung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, **Albert Fritz Golditzsch** im Alter von 20 Jahren seinen Verwundungen, die er sich bei den Kämpfen gegen die Kapp-Putschisten ausoog, erliegen ist.
Leipzig, den 18. April 1920.
Grenzstraße 1, S. p.
Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Golditzsch.
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 1/2 Uhr, von der Kapelle des Leutscher Friedhofes aus statt.

Metallarbeiter-Verband
Die Bibliothek hat allen Mitgliedschaften ein Exemplar des „Metallarbeiter-Verbandes“ zu Verfügung gestellt. Um dieses Buch zu erhalten, bitte den Mitgliedschaften entgegenbringen.
Reklamierungen müssen gegen Einsendung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Sautjucken
(Krätze) mit dem Spezialmittel, 2 Mk. Doppelt Berlinen (2 Per.) 11. König-Salomo-Apoth., Leipzig.
Rügener Schlemmkreide Streichfertige Oel- und Lackfarben reinen Leinöl-Firniss Kg. 44 Mk. empfiehlt **L. O. Kaspar Nachf.** Plagwitz, Zschochersche Str.

K. P. D. Öffentl. Versammlungen
Mittwoch, den 14. April, abends 7/8 Uhr **Papiermühle, Sittlerstr.**
Donnerstag, den 15. April, abends 7 Uhr **Birkenbläthen, Wahren.**
Tagesordnung:
Die Lehren des 13. März.
Mittwoch, den 14. April, abends 7 Uhr. **Mitgliederversammlungen**
Zentrum: **Erholung, Brüderstraße.** Anwesenheit aller Mitglieder ist Pflicht.
Süden: **Jeden Freitag, abends 7 Uhr, Reinischer Hof, Schenkenborfstraße.** Aufnahme von Mitgliedern daleibst.
K. P. D. - Eisenbahner: Sonnabend, den 7. April, abends 7 Uhr, Appelboom, Berliner Straße 34. Wichtige Tagesordnung. **Ortsgruppe Leipzig.**

Als drittes Opfer der Märzämpfe beklagt die Leutscher revolutionäre Arbeiterschaft den Genossen **Fritz Golditzsch.**
Nachdem einige Tage sein Verbleiben nicht festgestellt werden konnte, wurde er im Krankenhaus St. Jakob ermittelt und nach dem Platonienhaus überführt, wo er am 12. d. nachmittags 2 Uhr seinen vier Verwundungen erliegen ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 16. April, nachmittags 1/2 Uhr, statt.
Alle, die dem tapferen Kampfgenossen das letzte Geleit geben wollen, treffen sich 1/2 Uhr im „Schwarzen Jäger“.
Die revolutionäre Arbeiterschaft von Leutzsch.

Schmiede Mittwoch, den 14. April, abends 7 Uhr in den Wetzendallen, Plagwitz, Schöcherische Str.: **Mitgliederversammlung.** Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Innungsbetriebe sind besonders eingeladen. Die Branchenleitung.
Gravüre Donnerstag, den 15. April, nachmittags 4 Uhr. **Öffentliche Versammlung** im Volkshaus, Nebenlokal links. Tagesordnung: 1. Bericht über die Berliner Tarifverhandlungen vom 12. April. 2. Bericht über den.

Gegen Würmer
hat sich **Wurmfeind** als Abwehrmittel für Gew. und Kinder vorzüglich bewährt. Nur echt **König-Salomo-Apothek, Leipzig.**

**In 1 Stunde fertigen Garantie Kauf, Hilfs-Güter und Kleider aus Wäsche samt Brut (Nissen) der Mehligen und Tieren mit „Eckoldin“ für Wunden unschädlich. Vert.: Schletterstr. 12, Co., Leutscher Ballische Str. 67, Lt., Josephstr. 17. 16.
Hautjucken (Mitben Ari Krätze) verschwindet unter Garantie in 10 Minuten durch Einreiben mit „Kampol“ Verkauf nur Schletterstr. 12, Co., Neuß. Ball. Str. 67, Lt., Josephstr. 17, auch Volkverland.**

Schmerzmittel geben wir hiermit bekannt, daß Sonntagabend 1 Uhr mein lieber Mann, unser guter, treuzugender Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Feuer-Unfall **Otto Seifert** im Alter von 60 Jahren, im Krankenhaus St. Jakob nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
R. Neubert, Hofer Straße 10, 1.
Marie Seifert geb. Richter.
Artur Bufe u. Frau Lina geb. Seifert.
Emil Micholls u. Frau Marta geb. Seifert.
Albert Becker u. Frau Marie geb. Seifert.
Beerdigung: Donnerstag, nachm 3 Uhr, auf dem Trinitatisfriedhof.

Formier und Giebereiarbeiter Freitag, den 16. April 1920, abends 7 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus. Gesellschaftsabend. Tagesordnung: Regelung der Auswärtsfrage. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Das Gattationskomitee.
Werkzeugmacher und Einrichter. Freitag, den 16. April, 7/8 Uhr, im Volkshaus, Zimmer Nr. 9: **Branchen-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Organisationsaufgaben. 2. Branchenanangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Zahlreich, Besuch erwartet die Branchenleitung.
Gelbmetallarbeiter Freitag, 16. April, abends 7/8 Uhr: **Versammlung der Vertrauensleute und Arbeitersausschüsse** im Volkshaus, T. D.: 1. Bericht von der Ortsverwaltung. 2. Vortrag über das Statut.

Politische Parteien und Verlassungskämpfe in Sachsen
von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1848-1849 von **Dr. Curt Geyer** Preis broschiert 3.- Mark **Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung** Leipzig, Laucher Str. 19/21. Postcheckkonto Nr. 53477. Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Familien-Nachrichten
Blüthlich und unerwartet verstarb Sonntagfrüh, 1/2 Uhr infolge Blutschlages mein lieber Mann und Vater, Herr **Alois Scharfenberg** im Alter von 88 Jahren 19 Tagen. In tiefer Trauer **Ely Scharfenberg, Georg Scharfenberg.** Beerdigung: Mittwoch 2 Uhr von der Leichenhalle in Kleinschöwer.

Dankagung. Für die wohlwollenden Beweise herzlicher Teilnahme bei dem so frühen Hinscheiden unseres lieben guten Entschlafenen, des Bahnarbeiters **Artur Liebmann** sprechen wir allen unsern herzlichsten Dank aus. Besonders Dank seinen Kollegen und Vorgesetzten der Bahnmelkerei zu Engelsdorf für den schönen Blumenschmuck und Geldspende nebst letztem Ruhegeleit. Dank seinen lieben Klubbrüdern für die herrlichen Blumen- und Geldspenden. Gleichen Dank dem Ortsverein und Gelangverein Niederfranz für den erhebenden Gesang und das bereitwillige Tragen zur letzten Ruhestätte. Ferner vielen Dank Herrn Kugel für die sinn- und trostreichen Worte am Grabe sowie den lieben Hausbewohnern und Gartennachbarn für den schönen Blumenstrauß und Geldspende. Dank auch allen Verwandten, Freunden und Bekannten für das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte. Dies alles hat unsern Heran wohlgefallen. Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein Sobe Dank und Ruhe in Frieden in dein allzu frühes Grab nach.
Baunsdorf, den 12. April 1920.
Marie verw. Liebmann nebst Hinterbliebenen.

Rufrol. Rufrol ist in allen Apotheken und besseren Drogerien zum Preise von 2 Mk. erhältlich. **König-Salomon-Apothek, Grimmelstraße 17.**

Familien-Nachrichten
Martina Fritzsche Ella Fritzsche geb. Richter Verwitwete 10. April 1920 Stätterstr. - Sudenhäusen

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und den reichen Blumenschmuck bei dem so frühen Hinscheiden unserer innigstgeliebten Tochter **Hildegard** sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Hausbewohnern, sowie den Angehörigen, Kollegen und Vorstand und dem Herrn Pastor Leiharber für die trostreichen Worte herzlichsten Dank. **Leutzsch, Scharfenbergstr. 14, III. Hermann Ackermann u. Frau** nebst Angehörigen.

